

Entwurf des Leittrags zum Landesparteitag 2010



Leitantrag zum ordentlichen Landesparteitag am 26./27. Februar 2010

***Entwurf des Programms der NRWSPD
zur Landtagswahl am 9. Mai 2010***

Inhalt

	Seite
Vorwort: Eine folgenreiche Weichenstellung	4
I Neue Perspektiven für die soziale Sicherheit in NRW	6
II Gute Arbeit für alle	14
-Gute Arbeit schaffen	
-Ausbildung und Qualifizierung für alle	
-Neue Arbeit durch Innovation	
-Personal- und Betriebsräte als Innovationsmanager stärken	
-Familiengerechte Arbeitsbedingungen fördern	
III Die Beste Bildung für alle	20
-Bildungsgerechtigkeit durch Gebührenfreiheit und höhere Bildungsausgaben	
-Eine neue Schul- und Lernkultur	
-Bildung von Anfang an	
-Länger gemeinsam lernen	
-Die Gemeinschaftsschule: Schule der Zukunft	
-Schulen werden zu Häusern des Lernens und des Lebens	
-Abitur nach 12 und 13 Jahren	
-Berufskollegs zu beruflichen Kompetenzzentren ausbauen	
-Inklusion als Ziel	
-Sofortprogramm für bessere Bildung	
-Gute Hochschulen	
-Weiterbildung gewährleisten	
IV Ökologisches Wachstum und Innovation	33
- Die Menschen stehen im Mittelpunkt unseres politischen Handelns	
- Die Industrie bleibt Fundament unserer Wirtschaft	
-Fortschrittsmotor Klimaschutz	
-Leitmärkte für ökologische Industriepolitik	
-Sofortprogramm Klimaschutz	
-Innovative Politik für eine gute Zukunft	
-Mittelständische Unternehmen und Handwerk als Beschäftigungsmotor	
-Umwelt, Arbeit und soziale Gerechtigkeit gehören für uns zusammen	
-NRW als Wasserland Nr. 1 stärken – Masterplan Wasser NRW umsetzen	

- Boden schützen und Flächenverbrauch reduzieren*
- Den Tierschutz verbessern*
- Verbraucherinnen und Verbraucher schützen und Rechte sichern*
- Verkehrspolitik*

V *Solidarische Gesellschaft* 55

- Familie ist da, wo Kinder sind*
- Kinderarmut überwinden*
- Generationensolidarität stärken. Demografischen Wandel gestalten.*
- Das solidarische Gesundheitswesen sichern.*
- Politik für Menschen mit Behinderung.*
- Gleichberechtigt leben.*
- Integration voranbringen.*

VI *Eine gemeinsame Kultur* 67

- Kulturelle Teilhabe für alle*
- Sicherung der finanziellen Grundlagen*
- Eine Kultur der Anerkennung*
- Sport ist Teil unserer Alltagskultur*
- Medienpolitik für die Demokratie*
- Digitale Teilhabe und Sicherheit*

VII *Demokratische Gesellschaft, starke Kommunen* 76

- Kommunale Demokratie stärken*
- Kommunalfinanzen in Ordnung bringen*
- Eine nachhaltige Steuer- und Finanzpolitik*
- Der Staat als Partner der Bürger*
- Wohnen braucht Sicherheit*
- Stadt und Land – Neue Allianz für die Zukunft*
- Bürgerschaftliches Engagement fördern*
- Gemeinsam gegen Rechts*
- Den öffentlichen Dienst zukunftsfest machen*
- Mitbestimmung stärken*
- In Sicherheit und Frieden leben*
- NRW im Bund, in Europa und der Einen Welt*

***Aufruf: Leistungsfähiger Staat, Politik für die Menschen* 96**

1 ***Eine folgenreiche Weichenstellung***

2

3 Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten haben dieses Land
4 gemeinsam mit seinen Menschen über Jahrzehnte erfolgreich gestaltet.

5 Wir haben Ministerpräsidenten gestellt, deren menschliche Politik
6 Nordrhein-Westfalen nachhaltig geprägt hat. Politikern wie Heinz Kühn
7 und Johannes Rau haben die Menschen vertraut, weil sie den
8 Menschen vertrauten. Sie haben unser Land zu einem Beispiel gelebter
9 sozialer Demokratie gemacht.

10

11 Gemeinsam haben wir Sozialdemokraten und die Bürger unseres
12 Landes den schwierigen Strukturwandel gemeistert. Nordrhein-
13 Westfalens war ein Land von Kohle und Stahl, heute ist es ein Land mit
14 Kohle und Stahl. Dabei haben wir Arbeit und Umwelt nie als Gegensatz
15 begriffen. Die Förderung zukunftsweisender Umwelttechnologien haben
16 wir als Jobmotor genutzt. Früh haben wir die dichteste Hochschul- und
17 Forschungslandschaft in Europa geschaffen. NRW ist ein Land des
18 ökologischen Fortschritts und des Wissens geworden.

19

20 Wir haben in die Stärke unserer Städte und Gemeinden investiert. Vor
21 Ort konnten sich die Menschen auf ein tragfähiges soziales Netz
22 verlassen und Lebensqualität im Alltag erfahren. Unsere Verteidigung
23 der Bürger- und Freiheitsrechte hat das Land geprägt.

24

25 Nordrhein-Westfalen war bis vor kurzem das soziale Gewissen der
26 Bundesrepublik. Unter den CDU-FDP-Regierungen in Land und Bund
27 ist das soziale Klima in unserem Land kälter geworden. Der Ausstieg
28 aus dem Prinzip der Solidarität hat begonnen, immer größere Teile der
29 sozialen Sicherheit sollen privatisiert werden. Viele Menschen erleben
30 dies tagtäglich. Sozialer Aufstieg wird für immer mehr Menschen zu
31 einem Ziel, das sie nicht mehr erreichen können. Das werden wir
32 ändern.

33

1 Wir sorgen dafür, dass Nordrhein-Westfalen wieder zu einer Wir-
2 Gesellschaft wird, in der nicht die stärksten Ellenbogen zählen, sondern
3 ein faires Miteinander aller. Die Solidarität der Generationen und
4 soziale Gerechtigkeit müssen die entscheidenden Maßstäbe unseres
5 Zusammenlebens werden. Die Menschen in Nordrhein-Westfalen sind
6 verlässlich und haben einen ausgeprägten Sinn für Gerechtigkeit.

7

8 Wir wissen, dass der Landespolitik Grenzen gesetzt sind. Aber sie hat
9 auch große Spielräume. Wir sind entschlossen, sie tatkräftig für eine
10 neue Politik zu nutzen. Ebenso wichtig aber ist, dass sich die im Bund
11 gesetzten Rahmenbedingungen durch die falsche schwarz-gelbe Politik
12 nicht weiter verschlechtern. Sie zielt, wie ihre verantwortungslose
13 Steuerpolitik zeigt, auf eine nachhaltige Schwächung der
14 Handlungsfähigkeit des Staates. Die milliardenschweren
15 Steuergeschenke für die Reichen, die in Berlin schon fest eingeplant
16 sind, werden durch umfassenden Sozialabbau bezahlt werden, wenn
17 sich Schwarz-Gelb durch die Wahlen in NRW bestätigt fühlen und damit
18 auf eine verlässliche Mehrheit im Bundesrat stützen könnte.

19

20 Dazu darf es im Interesse der Bürger unseres Landes und der
21 gesamten Republik nicht kommen. Es geht um die Sicherung der
22 Handlungsfähigkeit des Staates für eine solidarische Gesellschaft, für
23 eine menschengerechte Sozialpolitik und für ökologischen Fortschritt
24 Die Landtagswahlen in NRW haben daher eine große strategische
25 Bedeutung für die Zukunft unseres Landes.

26

1 **Neue Perspektiven für die soziale Sicherheit in NRW**

2

3 *Die Fliehkräfte werden stärker*

4 Nordrhein-Westfalen steht vor einer wichtigen Entscheidung, vor einer
5 Weichenstellung: In welcher Gesellschaft wollen wir künftig leben? Wie
6 schaffen wir wirtschaftliche Dynamik und Wohlstand, ohne faire
7 Teilhabe und soziale Sicherung preiszugeben? Wie verbinden wir
8 Leistung und Gerechtigkeit? Kurz: Wie gewinnen wir eine gute Zukunft?

9

10 Nordrhein-Westfalen ist ein reiches Land - reich an wunderschönen
11 Landschaften, vielfältigen Regionen, lebenswerten, pulsierenden und
12 sicheren Städten. Aber vor allem ist es reich an sympathischen und
13 fleißigen Frauen und Männern, die anpacken können und das Herz auf
14 dem rechten Fleck haben. Die Sozialdemokratie in NRW macht eine
15 Politik, die zu den Bürgerinnen und Bürgern unseres Landes passt –
16 leistungsbewusst und solidarisch.

17

18 Immer mehr Menschen erkennen, dass das Wertegefüge in unserem
19 Land in eine Schieflage geraten ist. Gier und purer Egoismus breiten
20 sich aus. Die Fliehkräfte in der Gesellschaft werden stärker, Solidarität
21 und Mitmenschlichkeit werden schwächer. Unser Regierungsprogramm
22 richtet sich deshalb an alle, die unser Land wieder gerechter und
23 menschlicher machen, die soziale Fairness und gesellschaftliche
24 Solidarität stärken wollen.

25

26 Die Zahl der großen Vermögen wächst. Zugleich steigt die Zahl der
27 Armen ständig, insbesondere die der armen Kinder. Die Mitte unserer
28 Gesellschaft ist bedroht, immer mehr ihrer Angehörigen fürchten den
29 sozialen Abstieg. Die Zahl der Bedürftigen nimmt zu, sozialer Aufstieg
30 wird immer schwieriger.

31

32 *Verlust der Zukunftsperspektive*

33 Die Mittelschicht, die die alte Bundesrepublik geprägt hat, rang um
34 sozialen Aufstieg durch Fleiß und eigene Leistung. Sie hat sich

1 angestrengt, hart gearbeitet, für ein Häuschen gespart, sich in Vereinen
2 engagiert, sich selbstbewusst soziales Ansehen erworben. Das
3 Wichtigste aber war ihr, dass es ihre Kinder noch besser haben sollten,
4 durch bessere Bildung, durch eigene Anstrengungen, durch die
5 Wahrnehmung von Chancen, die ihnen eine faire Gesellschaft bietet.
6 An diesen Hoffnungen hat sich auch heute nichts geändert, aber sie
7 werden immer seltener erfüllt.

8

9 Viele Menschen in unserem Land sehen keine Zukunftsperspektiven für
10 sich und vor allem für ihre Kinder. Für viele ist der Weg zum Aufstieg
11 versperrt, weil es keine Chancengleichheit gibt. Wir sind auf dem Weg
12 in die blockierte Gesellschaft. Im nordrhein-westfälischen Schulsystem
13 kommen neun Absteiger auf nur einen Aufsteiger. Auf der Bildungsleiter
14 in Nordrhein-Westfalen gibt es fast nur noch eine Richtung: nach unten!

15

16 *Gescheiterte Schulpolitik*

17 Wir haben nicht alles richtig gemacht, aber die „neue“ Schulpolitik der
18 schwarz-gelben Landesregierung ist gescheitert. Das ist das
19 vernichtende Urteil fast aller Betroffenen. Viele Eltern fragen
20 inzwischen: "Was tut ihr unseren Kindern an?" Viel zu viele
21 Schülerinnen und Schüler bleiben auf der Strecke. Sie sind dem Druck
22 und dem neuen Tempo nicht gewachsen. Eltern verzweifeln an den
23 verbindlichen Grundschulgutachten, die Kinder schon mit neun Jahren
24 in Schubladen einsortieren, aus denen sie nicht mehr herauskommen.
25 Diese Kinder sitzen dann in viel zu großen Klassen ohne die nötige
26 Förderung.

27

28 Viele verzweifeln an der Umsetzung des Turbo-Abiturs, die dazu führt,
29 dass Kinder kaum noch Kindheit haben, weil der Stress die
30 Lebensfreude frisst. Für viele Jugendliche schließt sich die frustrierende
31 Suche nach einem guten Ausbildungsplatz an, die viel zu oft in
32 Warteschleifen endet. Aber auch im Studium werden die jungen
33 Menschen dem Turbo-Druck einer falschen und fatalen Umsetzung der

1 Bachelor- und Master-Studiengänge ausgesetzt. Dazu kommt die
2 finanzielle Schraubzwinge durch Studiengebühren.

3

4 Wir müssen diesen Druck wieder von unseren Kindern und
5 Jugendlichen, aus unseren Familien, nehmen. Wir sind uns mit der
6 großen Mehrheit der Bildungsexperten einig: Was unsere Kinder
7 wirklich brauchen ist eine gute Ganztagsbetreuung, längeres
8 gemeinsames Lernen und ein Bildungssystem ohne Hürden. Wir
9 werden die gebührenfreie Bildung von der Kita bis zur Hochschule in
10 Nordrhein-Westfalen verwirklichen.

11

12 *Unsichere Arbeitsverhältnisse*

13 Aber selbst für die, die es schaffen, gibt es keine Sicherheit mehr: Eine
14 gute Ausbildung, ein erfolgreiches Studium sind heute keine Garantie
15 mehr für eine gesicherte berufliche Perspektive. Die Generation
16 Praktikum wird über Zeitverträge, Mini-Jobs oder andauernde Praktika
17 in oftmals jahrelange Warteschleifen ohne klare Perspektive geschickt.
18 So geht die Sicherheit in unserer Gesellschaft verloren. Unsichere
19 Arbeitsverhältnisse, oft auch für Menschen mit qualifiziertem
20 Bildungsabschluss, zunehmender Missbrauch von Zeit- und Leiharbeit
21 sowie eine Lohnspirale nach unten prägen zunehmend den
22 Arbeitsmarkt. Das Normalarbeitsverhältnis droht zur Ausnahme zu
23 werden.

24

25 Es geht auch anders: Während fast alle Kapitalgesellschaften in den
26 vergangenen Jahren ihre Belegschaften in Deutschland reduzierten,
27 haben die kleinen und mittelständigen Familienunternehmen neue
28 Arbeitsplätze geschaffen. Diese langfristig denkenden Unternehmer, für
29 die Leistung und Verantwortung zählen, haben ihre Zusagen
30 eingehalten. Auch in Krisenzeiten bemühen sie sich, ihre Belegschaften
31 zu halten. Denn sie wissen: Ihre Innovationskraft ziehen sie aus dem
32 Wissen, der Kreativität und Erfahrung ihrer Mitarbeiterinnen und
33 Mitarbeiter. Statt allein auf die kurzfristige Steigerung der Rendite zu
34 schauen, planen Familienunternehmen langfristig. Im Gegensatz zu

1 vielen managementgeführten Unternehmen betrachten sie die Zahl
2 ihrer Mitarbeiter nicht ausschließlich als Kostenfaktor.

3

4 Ebenso entscheidend für den Unternehmenserfolg ist die dauerhafte
5 Sicherung von Arbeitnehmerrechten - gerade in Zeiten der
6 Globalisierung. Soziale Marktwirtschaft ist untrennbar verbunden mit
7 der Teilhabe und Mitsprache von Arbeitnehmerinnen und
8 Arbeitnehmern in den Unternehmen. Mitbestimmung,
9 Betriebsverfassung und Personalvertretung, Tarifautonomie,
10 Kündigungsschutz und moderner Arbeitsschutz charakterisieren den
11 sozialen Fortschritt. Er steht der technischen Innovation nicht im Wege,
12 sondern treibt sie voran. Es ist erwiesen: Die Arbeit von Betriebs- und
13 Personalräten wirkt sich positiv auf Produktivität, Flexibilität und
14 Innovationsfähigkeit von Unternehmen und Verwaltung aus.

15

16 Die jüngste Wirtschafts- und Finanzkrise ist das politische Ergebnis
17 einer Ideologie, in der nicht die Menschen im Mittelpunkt stehen,
18 sondern die Maximierung von Profit. Wir wollen dem Einfluss dieses
19 marktradikalen Denkens auf die Politik ein Ende setzen. Die Wirtschaft
20 muss wieder für die Menschen da sein, nicht umgekehrt. Wir
21 Sozialdemokraten wissen: Der Markt ist ein schlechter Herr, aber er
22 kann ein guter Knecht sein.

23

24 *Der sozialdemokratische Dreiklang*

25 Zukunft gestalten bedeutet, technologische und wirtschaftliche
26 Innovationen in Einklang mit sozialem und ökologischem Fortschritt zu
27 bringen. Innovationen und Technologie sind kein Selbstzweck, sondern
28 Mittel im Dienst von Menschen, Arbeit und Umwelt. Klimaschutz ist
29 keine Bedrohung, sondern eine große Chance für Wirtschaft und
30 Forschung in unserem Lande. Investitionen in hocheffiziente Kraftwerke
31 und erneuerbare Energien schützen das Klima, senken die Kosten und
32 sichern Arbeitsplätze.

33

1 Der Dreiklang von wirtschaftlicher Dynamik, ökologischer
2 Verantwortung und sozialer Gerechtigkeit ist das Markenzeichen
3 sozialdemokratischer Politik in NRW. Wir werden den Klimaschutz zum
4 Fortschrittsmotor machen.

5

6 In der einzigartigen nordrhein-westfälischen Wissenschaftslandschaft
7 liegen vielversprechende Potenziale, die wir gemeinsam mit den in ihr
8 Tätigen und den Unternehmen nutzen werden, um soziale und
9 ökologische Innovationen zu fördern. Wir haben gezeigt, wie in einem
10 gemeinsamen Kraftakt derart große und wichtige Prozesse im Sinne
11 der Menschen in NRW politisch gesteuert werden können. Unsere
12 Erfolge bei der Gestaltung des Strukturwandels in diesem Land
13 sprechen für sich.

14

15 *Für eine faire Gesellschaft*

16 Wir wollen eine durchlässige Gesellschaft gestalten, eine Gesellschaft
17 der fairen Regeln, in der Leistung sich auszahlt und Grundlage für eine
18 sichere Existenz ist. Eine Gesellschaft, die auf der Basis wirtschaftlicher
19 Stärke Gute Arbeit und Beste Bildung für alle ermöglicht. Eine
20 leistungsstarke, solidarische und gerechte Gesellschaft, die einen
21 handlungsfähigen Staat zum Partner hat.

22

23 Eine solche Perspektive für unser Land verlangt eine neue Politik. Wir
24 haben die Kraft und den Mut, Strukturen zu verändern, statt die
25 Menschen zu vertrösten, Almosen und Gutscheine zu verteilen und
26 ihnen damit ihre Würde zu nehmen.

27

28 Wir werden sofort umfassend in die Betreuung von Kindern und die
29 Unterstützung von Familien investieren, statt später hohe Kosten für
30 Sozialarbeit oder gar Strafvollzug aufzubringen. Wir werden durch die
31 schwarz-gelbe Landesregierung erfolgte Kürzungen bei
32 Arbeitslosenberatungsstellen, Frauenhäusern und im
33 Landesjugendplan rückgängig machen.

34

1 Wir werden jetzt großzügig in frühkindliche Bildung investieren, um
2 nicht später für die Verlierer unseres Bildungssystems vielmehr
3 aufwenden zu müssen.

4

5 Wir werden längeres gemeinsames Lernen ermöglichen und in gute
6 und moderne Schulen investieren, auch um nicht Verlierer im globalen
7 Wettbewerb zu werden.

8

9 Wir kämpfen für Gute Arbeit mit gerechten Löhnen, damit sich nicht
10 Millionen Menschen auf dem Amt einen staatlichen Lohnzuschuss
11 holen müssen, um über die Runden kommen zu können.

12

13 Wir kümmern uns heute nachhaltig um saubere Luft, sauberes Wasser
14 und eine intakte Umwelt, damit nicht zukünftige Generationen mit
15 gigantischen Kosten Umweltschäden reparieren müssen, sofern das
16 dann überhaupt noch möglich ist.

17

18 Wir legen mit diesem Programm unser Zukunftskonzept für Nordrhein-
19 Westfalen vor. Wir wollen gemeinsam mit der solidarischen Mehrheit
20 unseres Landes eine gerechte Gesellschaft gestalten. Gemeinsinn und
21 Fairness müssen wieder Vorrang haben. Wir stärken das 'Wir-Gefühl'
22 und überwinden die 'Ich-Gesellschaft'. Wir wollen eine Gesellschaft, in
23 der die Menschen im Mittelpunkt stehen und nicht der Markt. Wir
24 wollen eine Gesellschaft, von der die Menschen sagen: "*Wir in*
25 *Nordrhein-Westfalen halten zusammen!*"

26

27 **Eckpunkte unseres Zukunftskonzepts**

28

- 29 • **Wir wollen neue Aufstiegschancen schaffen und**
30 **Abstiegsängste überwinden:** Die Schere zwischen Arm und Reich
31 muss wieder geschlossen werden. Die sozialen Fliehkräfte in
32 unserer Gesellschaft müssen gestoppt werden. Wir wollen die Armut
33 im Lande überwinden, vorrangig die von Kindern.

34

- 1 • **Wir wollen die Beste Bildung für Alle:** Kein Kind darf zurück
2 bleiben. Herkunft und soziale Situation dürfen nicht länger darüber
3 entscheiden, ob ein Kind alle seine Talente und Möglichkeiten
4 entfalten kann. Mehr Menschen müssen einen qualifizierten
5 Bildungsabschluss erreichen. Wir werden Aufstieg über Bildung
6 wieder möglich machen.
7
- 8 • **Wir wollen die Integration voranbringen:** Wir werden die
9 Bedingungen für das gleichberechtigte Zusammenleben von
10 Menschen unterschiedlicher Religion und Kultur in unserem Lande
11 verbessern, in der Arbeitswelt, der Bildung, beim Wohnen, in der
12 Gesellschaft und beider politischen Teilhabe.
13
- 14 • **Wir wollen unsere Städte, Kreise und Gemeinden stärken,
15 damit die Menschen in Nordrhein-Westfalen gut und sicher
16 leben können:** In einer sozialen Gemeinschaft, in einer intakten
17 Umwelt, mit einem breiten Angebot in Kultur und Sport, bestmöglich
18 geschützt vor Gewalt und Verbrechen.
19
- 20 • **Wir wollen die Familien stärken:** Kinder sind die Zukunft unseres
21 Landes. Kein Geld ist so gut angelegt wie das Geld, das wir in
22 Familien, in unsere Kinder investieren.
23
- 24 • **Wir wollen ein zukunfts- und leistungsfähiges
25 Gesundheitswesen:** Alle müssen die bestmögliche
26 Gesundheitsversorgung erhalten, unabhängig von ihrer sozialen
27 Situation und von ihrem Alter.
28
- 29 • **Wir wollen Gute Arbeit für alle:** Sichere Arbeitsplätze und Löhne,
30 von denen die Menschen leben können. Dafür braucht NRW
31 innovative Unternehmen mit einer qualifizierten und motivierten
32 Belegschaft. Wir sorgen für eine zukunftsfähige Wirtschaft, die im
33 globalen Wettbewerb die Stärken des Standortes Nordrhein-
34 Westfalen nutzt.

1
2
3
4
5
6
7
8
9
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32

- **Wir wollen den Klimaschutz zu einem Fortschrittmotor für unser Land machen:** Deshalb stoppen wir den Weg zurück in die Atomkraft, setzen auf erneuerbare Energien und ökologische Modernisierung unserer Industrie. Wir wollen Natur und Umwelt in NRW schützen. Gerade in einem Industrieland mit vielen Menschen brauchen wir Rückzugsräume für Mensch und Natur.
- **Wir wollen Sicherheit und Teilhabe für die Älteren in unserem Land erreichen:** Länger leben zu dürfen als frühere Generationen ist eine große Chance - wir wollen die Voraussetzungen dafür schaffen, dass sie selbstbestimmt genutzt werden kann.
- **Wir werden das Ehrenamt in unserem Land fördern.** Hunderttausende Menschen in NRW arbeiten ehrenamtlich u.a. in Kirchen, Sport-, Schützen-, Heimat- und Karnevalsvereinen, Umweltinitiativen, Elternbeiräten, in der Gemeindearbeit, der freiwilligen Feuerwehr, in Einrichtungen für Kinder, Ältere, Behinderte. Sie halten unser Land zusammen und sind ein unbezahlbarer Gewinn für unsere Gesellschaft.
- **Wir verteidigen den leistungsfähigen Staat:** Wir dürfen die Gestaltung unserer Zukunft nicht dem Markt überlassen. Eine solidarische Gesundheitsversorgung, ein Bildungssystem der gleichen Chancen für alle, Klimaschutz und ökologische Industrialisierung, ein Sozialstaat als Bürgerrecht, der Schutz von Freiheit und Sicherheit -kurzum eine menschenwürdige Zukunft für unser Land, verlangen einen handlungsfähigen Staat. Er muss über ausreichende Finanzmittel verfügen, um seiner gesellschaftlichen Verantwortung im Dienste der Bürger gerecht zu werden.

1 **II. Gute Arbeit für alle**

2

3 **Gute Arbeit schaffen**

4

5 Wir wollen Gute Arbeit für alle, Arbeit, von der die Menschen gut leben
6 können und die ihre Würde wahrt. Wir wollen prekäre Beschäftigung in
7 jeder Form überwinden. Wir kämpfen für den flächendeckenden,
8 gesetzlichen Mindestlohn. Wer Vollzeit arbeiten geht, muss von seinem
9 Lohn auch anständig leben können. Das verlangt die Würde des
10 Menschen.

11

12 Wir wollen den Missbrauch der Leih- und Zeitarbeit unterbinden. Wir
13 fordern gleichen Lohn für gleiche Arbeit und die sofortige Einführung
14 von gesetzlichen Mindestlöhnen auch für Leih- und Zeitarbeiter.
15 Beschäftigte müssen durch die Wiedereinführung des
16 Synchronisationsverbotes (Beschäftigung, die auf nur einen konkreten
17 Auftrag beschränkt ist) vor moderner Tagelöhnerarbeit geschützt
18 werden. Konzerninterne Leiharbeit muss befristet werden.

19

20 Wir wollen, dass Dauer und Anzahl von Praktika gesetzlich geregelt
21 werden. Berufspraktika dürfen nicht länger als willkürliche Verlängerung
22 der Probezeit, zur Umgehung des Kündigungsschutzes und zum
23 Lohndumping missbraucht werden.

24

25 Wir werden ein neues Tariftreuegesetz beschließen. Im Einklang mit
26 dem Vergaberecht werden wir wirksam Lohn- und Sozialdumping bei
27 der Vergabe öffentlicher Aufträge unterbinden.

28

29 Wir stehen zum Modell der Job-Center in gemeinsamer Verantwortung
30 von Bundesagentur und Kommunen. Hierzu streben wir eine
31 Grundgesetzänderung an.

32

1 Wir werden einen sozialen Arbeitsmarkt für diejenigen schaffen, die
2 dauerhaft keine Chance zur Teilhabe am ersten Arbeitsmarkt haben.
3 Jede und jeder muss eine Chance bekommen.

4

5 Die Entwicklung der Arbeitslosigkeit, die Aufnahmefähigkeit des
6 Arbeitsmarktes und das Maß notwendigen Qualifikationsbedarfs sind in
7 Deutschland regional ganz unterschiedlich ausgeprägt. Deshalb
8 brauchen wir eine Regionalisierung, um die Fördermaßnahmen optimal
9 auf die konkrete Bedarfslage anzustimmen. Nur so können wir jeder
10 und jedem Einzelnen eine konkrete Vermittlungschance bieten. Auch
11 die regionalen Kompetenzen der Träger der Arbeitsmarktförderung
12 werden wir stärken. Qualitätsdumping muss durch eine angemessene
13 Vergabepaxis von Fördermaßnahmen unterbunden werden.

14

15 Wir setzen uns für ein besseres Anerkennungsverfahren der von den
16 Einwanderinnen und Einwanderern mitgebrachten akademischen und
17 beruflichen Abschlüsse ein. Dort wo nötig, sind Anpassungs- und
18 Nachqualifizierungen vorzunehmen. Die Kompetenzen und Fähigkeiten
19 der Zuwanderer sind, auch angesichts des drohenden
20 Fachkräftemangels, besser als in der Vergangenheit zu nutzen.

21

22 Wir haben mit der Verlängerung der Kurzarbeit in der Wirtschafts- und
23 Finanzkrise dafür gesorgt, dass Hunderttausende von Arbeitsplätzen
24 erhalten worden sind. Ab Mitte 2010 wird die Kurzarbeit in vielen
25 Betrieben auslaufen. Wir werden Anschlussförderungen entwickeln,
26 damit nicht die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer am Ende die
27 Krisenlasten zu tragen haben.

28

29 Wir finden uns nicht länger damit ab, dass Frauen in Deutschland für
30 die gleiche Arbeit noch immer ein Drittel weniger Lohn als ihre
31 männlichen Kollegen bekommen.

32

33

34

1 **Ausbildung und Qualifizierung für alle**

2

3 Wir in NRW werden unseren Beitrag dazu leisten, damit in Deutschland
4 wieder Vollbeschäftigung erreicht wird. Aus der Wirtschaft wird schon
5 heute ein Fachkräftemangel gemeldet. Zugleich haben wir eine große
6 Zahl arbeitsloser und nicht ausgebildeter junger Menschen zu
7 beklagen, viele von ihnen mit Migrationshintergrund. Diesen
8 Widerspruch müssen wir jetzt auflösen, sonst wird der demographische
9 Wandel das Problem noch weiter verschärfen. Deshalb müssen wir alle
10 Potenziale nutzen.

11

12 Wir werden dafür sorgen, dass Wirtschaft und Politik gemeinsam
13 Verantwortung übernehmen. Der Schlüssel liegt in besserer Bildung
14 und Ausbildung für alle. Hierzu ist es erforderlich, dass der Übergang
15 von der Schule in den Beruf frühzeitig in unseren Schulen vorbereitet
16 wird.

17

18 Wir wollen eine Ausbildungsgarantie für alle jungen Menschen, die
19 jeder und jedem eine Ausbildung auf qualitativ hohem Niveau
20 ermöglicht. Auch wenn die Schaffung von mehr Ausbildungsplätzen und
21 die Ausbildung des Fachkräftenachwuchses vor allem in der
22 Verantwortung der Wirtschaft liegen, erfordert dies eine gemeinsame
23 Anstrengung von Wirtschaft, Politik, Agentur für Arbeit und
24 Berufskollegs. Es ist eine der dringendsten Aufgaben, wieder mehr
25 Ausbildungsplätze im dualen System zu schaffen. Die
26 Ausbildungsgarantie bezieht sich nicht nur auf Schulabgänger, sondern
27 auch auf Altbewerber. Jede und jeder hat auch eine zweite Chance
28 verdient.

29

30 Wir werden bis zu 5000 zusätzliche Ausbildungsplätze mit hohem
31 Praktikumsanteil öffentlich finanzieren, um den Ausbildungsmarkt in der
32 Krise zu stabilisieren. Dies ist sinnvoller, als Arbeitslosigkeit zu
33 finanzieren.

1 Wir wollen kleine und mittlere Unternehmen, die im Verbund mit
2 anderen Unternehmen oder einer überbetrieblichen Ausbildungsstätte
3 ausbilden, weiter organisatorisch und finanziell unterstützen. Der von
4 uns initiierte Ausbildungsbonus ist auf alle unversorgten Jugendlichen
5 auszuweiten. Dazu schlagen wir die Zahlung einer Prämie von 2000
6 Euro an kleine und mittlere Betriebe vor, wenn diese einen zusätzlichen
7 Ausbildungsplatz schaffen. Weitere 2000 Euro soll das Unternehmen
8 erhalten, wenn der Auszubildende die Kammerprüfung besteht.

9

10 Der Insolvenzschutz für Auszubildende muss garantiert sein. Damit
11 sollen Auszubildende im Fall einer Insolvenz ihres Unternehmens ihre
12 Ausbildung reibungslos in anderen Betrieben oder nötigenfalls in
13 staatlicher Trägerschaft fortsetzen können.

14

15 **Neue Arbeit durch Innovation**

16

17 Politik und Wirtschaft müssen gewährleisten, dass unser Land innovativ
18 bleibt und sich neue Berufsbilder entwickeln. Wir fördern den
19 technologischen Fortschritt, etwa im Bereich des Umwelt- und
20 Klimaschutzes oder der erneuerbaren Energien. In den Bereichen
21 Erziehung, Gesundheit und Pflege und in der Kreativwirtschaft können
22 in den nächsten Jahren Hunderttausende neuer Arbeitsplätze
23 entstehen, wenn die Politik die richtigen Rahmenbedingungen schafft.
24 Dafür werden wir sorgen.

25

26 Die Menschen mit Unternehmergeist in NRW sollen wissen, dass eine
27 regierende SPD Strukturen fördern wird, die uns im Wettbewerb
28 voranbringen. Partner für den Fortschritt sind Wissenschaft und
29 Wirtschaft. Hier arbeiten die Köpfe, die NRW in Forschung und
30 Entwicklung, in Wachstum und Beschäftigung voranbringen.

31

32

33

34

1 **Personal- und Betriebsräte als Innovationsmanager stärken**

2

3 Die Krise hat verdeutlicht, dass die Betriebsräte konsequent und
4 erfolgreich betriebliches Krisenmanagement geleistet haben. Ihr Know-
5 How und ihre soziale Verantwortung haben bei der Krisenbewältigung
6 der Arbeitsplatzsicherung Vorrang vor Renditeerwartungen verschafft.
7 Ihr Beitrag hat geholfen, Beschäftigungsverluste in der Krise gering zu
8 halten. Künftig muss das Wissen und Können der Betriebs- und
9 Personalräte verbindlicher in die Unternehmensentwicklung einbezogen
10 werden. Ihre Rolle beim Antreiben und Managen von Innovationen
11 wollen wir stärken.

12

13 **Familiengerechte Arbeitsbedingungen fördern**

14

15 Immer mehr junge Menschen hangeln sich mit teils unbezahlten
16 Praktika, mit Minijobs, mit Leih- und Zeitarbeit oder ständig befristeten
17 Verträgen von einer prekären Beschäftigung zur nächsten. Auf der
18 anderen Seite erwarten Politik und Gesellschaft von genau dieser
19 Altersgruppe die Gründung von Familien. Das passt nicht zusammen.
20 Die SPD in Nordrhein-Westfalen kämpft für Gute Arbeit. Dazu gehören
21 auch flexible Arbeitszeitkonten, die Förderung von
22 Betreuungsangeboten und gesunden Arbeitsbedingungen.

23

24 Der Wettbewerb um Fachkräfte wird zunehmend schwieriger. Deshalb
25 müssen Unternehmen schon in eigenem Interesse jenseits von
26 Gehaltszahlungen Anreize bieten. Familiengerechte
27 Arbeitsbedingungen und betriebliche Mitbestimmung haben hierbei
28 schon heute einen besonderen Stellenwert. Dies nimmt weiter zu.

29

30 Wir können es uns nicht leisten, Potenziale ungenutzt zu lassen.
31 Deshalb starten wir mit Wirtschaft und Gewerkschaften eine Initiative
32 zur besonderen Förderung von älteren Arbeitnehmerinnen und
33 Arbeitnehmern. Auch die berufliche Fort- und Weiterbildung der
34 Beschäftigten mit Migrationshintergrund muss ausgeweitet werden.

1

2 Zahlreiche Datenschutzskandale in der Wirtschaft zeigen, dass uns die
3 moderne Informations- und Kommunikationsgesellschaft auch im
4 Arbeitsleben vor neue Herausforderungen stellt. Eine
5 Totalüberwachung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern am
6 Arbeitsplatz darf es genauso wenig geben wie deren systematische
7 Durchleuchtung. Der verantwortungsbewusste Umgang mit sensiblen
8 Arbeitnehmerdaten muss in der betrieblichen Praxis immer
9 sichergestellt sein. Deswegen werden wir uns gegenüber der
10 Bundesregierung für ein eigenständiges Arbeitnehmerdaten-
11 schutzgesetz einsetzen und in NRW dafür sorgen, dass der
12 Landesdatenschutzbeauftragte ausreichendes Personal erhält, um
13 seine Aufgaben wirksam wahrzunehmen.

14

1 **III. Die Beste Bildung für alle**

2

3 Jeder Mensch ist einzigartig. Jeder Mensch verfügt über besondere
4 Potenziale und Fähigkeiten. Während es die Grundschule hervorragend
5 schafft, alle Kinder bestmöglich zu fördern, gelingt es in den
6 weiterführenden Schulen in unserem gegliederten Schulsystem nicht,
7 die Bildungspotenziale der Schülerinnen und Schüler optimal weiter zu
8 entwickeln und zu fördern. Bildungschancen hängen nach wie vor zu
9 stark von Herkunft und vom Geldbeutel der Eltern ab. Bildung darf aber
10 kein Privileg für diejenigen sein, die sie über das Elternhaus in die
11 Wiege gelegt bekommen haben. Gute Bildung und Ausbildung sind der
12 Schlüssel zur Teilhabe und zur gesellschaftlichen Integration.

13

14 **Bildungsgerechtigkeit durch Gebührenfreiheit und höhere** 15 **Bildungsausgaben**

16

17 Bildung ist mehr als Wissensvermittlung. Für uns gilt: Bildung ist ein
18 öffentliches Gut. Sie darf nicht zu einer Ware werden, die sich nicht alle
19 leisten können. Wir meinen es mit der Förderung der Chancengleichheit
20 Ernst. Darum werden wir den gebührenfreien Zugang zu allen
21 Bildungseinrichtungen – vom Kindergarten bis zum Hochschulstudium
22 und nachgeholt Schul- und Berufsabschlüssen, aber auch für
23 Meisterschulen – garantieren.

24 Bildung muss uns mehr wert sein. Unser Ziel: Zehn Prozent des
25 Bruttoinlandsprodukts werden in Bildungsausgaben investiert.

26

27 **Eine neue Schul- und Lernkultur**

28 Für gerechte Bildungschancen brauchen wir eine andere Schul- und
29 Lernkultur. Ein gutes Bildungssystem muss junge Menschen auf
30 lebenslanges Lernen vorbereiten. Es muss Neugier und Motivation
31 wecken, die Kinder und Jugendlichen zu Kritikfähigkeit erziehen und
32 hierdurch starke Persönlichkeiten schaffen. Lernen muss in einem

1 Klima stattfinden, das zum Mitmachen einlädt. Mitbestimmung,
2 Mitverantwortung und Mitgestaltung müssen tragende Elemente
3 unserer Bildungseinrichtungen sein. Lernen unter Druck, das in immer
4 stärkerem Ausmaß Nachhilfe nötig macht und die Eltern viel Geld
5 kostet, lehnen wir ab. Ein gutes Bildungssystem fördert und fordert.

6

7 Jede Schule wird dazu verpflichtet, alle aufgenommenen Kinder zum
8 bestmöglichen individuellen Schulabschluss zu führen. Denn Schulen
9 sollen nicht nur Abschlüsse vergeben, sondern vor allem Anschlüsse
10 ermöglichen.

11

12 ***Bildung von Anfang an***

13

14 Gute Bildung beginnt früh. Wir werden die Städte und Gemeinden beim
15 bedarfsgerechten Ausbau der Betreuung von unter Dreijährigen
16 unterstützen, damit der Rechtsanspruch auf einen solchen
17 Betreuungsplatz verwirklicht wird. Wir werden hochwertige Angebote
18 schaffen, in denen Kinder individuell gefördert und die Eltern in eine
19 echte Bildungs- und Erziehungspartnerschaft einbezogen werden.
20 Dabei legen wir auch Wert auf die örtliche Trägervielfalt und auf die
21 Umsetzung unterschiedlicher pädagogischer Ansätze in der
22 Elementarpädagogik.

23 In den Kindertageseinrichtungen sollen auch Erziehungsberatung mit
24 Angeboten zur Familienhilfe und Gesundheitsvorsorge verbunden
25 werden. Nur wer Kinder- und familienpolitische Infrastruktur ganzheitlich
26 versteht, kann Kinder und Familien erfolgreich fördern und beraten.

27

28 Die SPD wird ein Kinderbildungsgesetz vorlegen, das diesen Namen
29 wirklich verdient. Mit maßgeschneiderten Sofortmaßnahmen werden wir
30 die Kinderbildung in unserem Land verbessern. Dazu zählen die
31 Einführung bedarfsgerechter Pauschalen, die Bildung kleinerer
32 Gruppen sowie der Einstieg in die Akademisierung der Ausbildung von
33 Erzieherinnen und Erziehern.

34

1 Zugleich werden wir ein hochwertiges Angebot für die Fort- und
2 Weiterbildung schaffen und dabei auch die vorhandenen Fachschulen
3 einbeziehen.

4

5 Die Qualität der Arbeit und die Weiterentwicklung der
6 Kindertageseinrichtungen hängt von den Rahmenbedingungen und der
7 Finanzausstattung ab. Wir werden beide deutlich verbessern.

8

9 Wir wollen, dass der Besuch der Kindertagesstätte schrittweise für alle
10 Kinder gebührenfrei wird. Die Finanzierung muss durch das Land
11 erfolgen. Wenn wir mehr in Betreuung und Bildung investieren, nutzt
12 dies Kindern und Eltern wesentlich mehr als höheres Kindergeld oder
13 ein Betreuungsgeld. Eine Stichtagsregelung für den Übergang von der
14 Kindertagesstätte in die Grundschule lehnen wir ab. Eltern und
15 Pädagogen aus Kita und Grundschule entscheiden gemeinsam über
16 den Schulbeginn des Kindes.

17

18 ***Länger gemeinsam lernen***

19

20 Für gerechte Bildungschancen brauchen wir längeres gemeinsames
21 Lernen mit individueller Förderung jedes einzelnen Kindes. Die viel zu
22 frühe Auslese von Schülerinnen und Schülern und die mangelnde
23 Durchlässigkeit zwischen den Schulformen führen in hohem Maße zu
24 Benachteiligungen. Obwohl der Zusammenhang von gegliedertem
25 Schulsystem und sozialer Ungerechtigkeit offensichtlich ist und durch
26 internationale Studien bestätigt wird, verweigern sich die Konservativen
27 in unserem Land den dringend notwendigen Reformen.

28

29 Nordrhein-Westfalen braucht seine Kinder, seine Talente – und zwar
30 alle! Das mehrgliedrige Schulsystem verschwendet Talente, zu viele
31 Schülerinnen und Schüler werden abgeschult, zu viele bleiben sitzen,
32 zu viele verlassen die Schule ohne Abschluss und immer noch erlangen
33 zu wenige die Berechtigung zum Hochschulzugang. Wir wollen das

1 erfolgreiche gemeinsame Lernen in Vielfalt in den Grundschulen auf die
2 weiterführenden Schulen übertragen.

3

4 **Die Gemeinschaftsschule: Schule der Zukunft**

5

6 Wir setzen auf die Gemeinschaftsschule als Schule der Zukunft. Wir
7 werden die Menschen auf diesem Reformweg mitnehmen und werben
8 deshalb für einen breiten bildungspolitischen Konsens in der
9 Gesellschaft.

10

11 Die Gemeinschaftsschule ist eine Ganztagschule. Sie nimmt die
12 Kinder nach der Grundschule auf und ist bis zur Klasse 10 für deren
13 Bildungserfolg verantwortlich. In den Klassen 5 und 6 findet für alle
14 Kinder ein gemeinsamer Unterricht statt. Eltern, Schule und Schulträger
15 entscheiden, ob ab der siebten Klasse weiterhin ein vollständig
16 integrativer Unterricht stattfindet oder ob eine Differenzierung
17 (beispielweise in Hauptschul-, Realschul- und Gymnasialklassen)
18 vorgenommen wird. Am Ende der Klasse 10 können auf der
19 Gemeinschaftsschule alle Abschlüsse der Sekundarstufe I erreicht
20 werden.

21

22 Mit der Gemeinschaftsschule sichern wir ein wohnortnahes
23 Schulangebot und ermöglichen es so den Städten und Gemeinden,
24 flexibel auf die demografische Entwicklung zu reagieren.

25

26 Die Gemeinschaftsschule steht für eine andere Lernkultur. Jede
27 Schülerin, jeder Schüler erhält einen individuellen Lern- und Förderplan.
28 Wir wollen, dass der Unterricht neu organisiert und gestaltet wird.
29 Lernen in Projekten und fächerübergreifendes Lernen erfordern
30 flexiblere Organisationsstrukturen. Ziel ist die konsequente
31 Berücksichtigung unterschiedlicher Lernvoraussetzungen und
32 Begabungen. Um diese Ziele zu erreichen, brauchen Lehrerinnen und
33 Lehrer entsprechende Ressourcen, Zeit sowie Aus- und
34 Fortbildungsmöglichkeiten.

1 **Schulen werden zu Häusern des Lernens und Lebens**

2

3 Schulen müssen selbst und verantwortlich über ihre Arbeit entscheiden
4 können. Deshalb halten wir am Prinzip der selbstständigen Schule fest,
5 die in ein System von Beratung und Service eingebettet wird. Das Land
6 bleibt verantwortlich für die Vorgabe und Überprüfung von
7 Bildungsstandards. Zum neuen Steuerungsverständnis gehört ein
8 landesweiter Bildungsbericht, der alle Bildungsbereiche umfasst. Dazu
9 gehört auch eine neue Rolle der Kommunen. Ihnen wollen wir einen
10 größeren Gestaltungsspielraum für ihr bildungspolitisches Angebot
11 ermöglichen. Viele Städte und Gemeinden praktizieren dies bereits und
12 beteiligen die Eltern offensiv daran. Wir unterstützen diese Entwicklung
13 ausdrücklich.

14

15 Gerechte Bildungschancen brauchen gute Rahmenbedingungen für
16 Lehrerinnen und Lehrer sowie Schülerinnen und Schüler. Deshalb
17 setzen wir auf einen Stufenplan für kleinere Klassen. Wir wollen die
18 Bildungs-, Erziehungs- und Betreuungszeit für alle Kinder und
19 Jugendlichen ausbauen. Die Nachfrage nach Ganztagsplätzen ist groß.
20 Wir wollen ein Recht auf Ganzttag.

21 Eine Ganzttagsschule verteilt Unterricht, Zeit für Hausaufgaben, kreative
22 Angebote, Sport und Entspannung über den ganzen Tag. Eine
23 Ganzttagsschule bietet gemeinsame Mahlzeiten für die Schülerinnen
24 und Schüler. Dabei gilt: Kein Kind darf aus finanziellen Gründen vom
25 gemeinsamen Mittagessen und anderen schulischen Aktivitäten
26 ausgeschlossen werden.

27

28 Täglich geben alle im Bildungssystem Mitwirkenden den Kindern und
29 Jugendlichen Halt und Anerkennung, sie vermitteln Wissen und sie
30 erziehen. Die Motivation und Leistungsbereitschaft dieser
31 Bildungsfachleute ist der Schlüssel für die Leistungsfähigkeit unseres
32 Schulsystems. Neben einer Kultur der Anerkennung brauchen wir ein

1 besseres Unterstützungssystem, das Qualifizierung ermöglicht und
2 Freiräume schafft.

3

4 **Abitur nach 12 und 13 Jahren**

5

6 Die Art und Weise, wie das Turboabitur in NRW organisiert wurde,
7 belastet Schülerinnen und Schüler, Eltern, Lehrerinnen und Lehrer in
8 unverantwortlicher Weise.

9 Die Schulzeitverkürzung hat zu einer enormen Verdichtung des
10 Unterrichts in der Sekundarstufe I des Gymnasiums geführt. Zudem hat
11 es die schwarz-gelbe Landesregierung versäumt, rechtzeitig
12 angemessene Rahmenbedingungen zu schaffen. Die Lehrerinnen und
13 Lehrer wurden nicht vorbereitet, die Lehrpläne nicht frühzeitig genug
14 überarbeitet und der Ganzttag viel zu spät, nur auf Druck und
15 unzureichend, eingerichtet. Konsequenz ist: Das Turboabitur erzeugt
16 unangemessenen Lerndruck, verhindert Durchlässigkeit und überfordert
17 die Schulen bei der Umsetzung.

18 Das werden wir korrigieren. Wir werden den Schülerinnen und Schülern
19 den Weg zum Abitur nach zwölf, aber auch nach 13 Jahren offen
20 halten. Ein generelles Abitur nach zwölf Jahren lehnen wir ab.

21

22 **Berufskollegs zu beruflichen Kompetenzzentren ausbauen**

23

24 Wir streben die Gleichwertigkeit der beruflichen und der allgemeinen
25 Bildung an. Deshalb wollen wir das Berufsbildungssystem zu einem
26 gleichberechtigten Zweig des Bildungswesens entwickeln, in dem auch
27 alle schulischen Abschlüsse erworben werden können.

28 Die berufliche Oberstufe kann und muss stärker als bisher als
29 Alternative zum Lernen in der allgemeinbildenden Oberstufe ausgebaut
30 werden.

31

1 **Inklusion als Ziel**

2 Die Schule der Zukunft ist eine Schule des gemeinsamen Lernens.
3 Nirgendwo besuchen so viele Kinder mit Behinderungen oder
4 Lernschwächen spezielle Förderschulen wie in Deutschland – in vielen
5 Fällen völlig unnötig. Wir setzen auf das Prinzip der Inklusion. Ein
6 inklusives unterscheidet sich von einem integrativen Bildungssystem.
7 Die integrative Pädagogik strebt die Eingliederung von Schülerinnen
8 und Schüler in das allgemeine Bildungssystem an. Inklusion hingegen
9 bedeutet, dass Strukturen und Didaktik von vornherein auf die
10 Unterschiedlichkeit der Schülerinnen und Schüler und individuelles
11 Fördern und Fordern ausgerichtet sind. Wir wollen eine Neuorientierung
12 in der sonderpädagogischen Förderung hin zu einem inklusiven
13 Bildungssystem.

14

15 **Sofortprogramm für bessere Bildung**

16 Mit einem Sofortprogramm für bessere Bildung werden wir in einem
17 Schritt dringend notwendige Korrekturen und wichtige Neuerungen auf
18 den Weg bringen.

19 1. **Der Elternwille erhält wieder Vorrang.** Anstatt verbindliche
20 Grundschulempfehlungen und Prognoseunterricht werden
21 zukünftig wieder die Eltern in partnerschaftlicher
22 Zusammenarbeit mit den Lehrerinnen und Lehrern über die
23 weitere Schullaufbahn ihrer Kinder entscheiden.

24 2. **Die Kopfnoten werden abgeschafft.** Das Arbeits- und
25 Sozialverhalten durch Kopfnoten zu beurteilen, ist
26 kontraproduktiv. Eine solche Note wird der individuellen Vielfalt
27 der Kinder nicht gerecht und entspricht nicht einer
28 angemessenen Kultur der Rückmeldung. Vielmehr müssen
29 Aussagen zum Arbeits- und Sozialverhalten inhaltliche Hinweise
30 zu Entwicklungsbedarf und zu erforderlichen
31 Verhaltensänderungen enthalten.

- 1 3. **Die Drittelparität wird wieder eingeführt.** Schülerinnen und
2 Schüler werden in der Schulkonferenz gleichberechtigt an den
3 Entscheidungen beteiligt. Wir stärken so die Mitgestaltung aller
4 Beteiligten an einer Schule und damit die innerschulische
5 Demokratie.
- 6 4. **Die verbindliche Abschaffung der Schulbezirke für**
7 **Grundschulen wird rückgängig gemacht.** Die Kommunen
8 müssen eigenverantwortlich entscheiden können, wie sie
9 notwendige Steuerungen vornehmen, um eine optimale
10 Schulversorgung garantieren zu können.
- 11 5. Gemeinsam mit den Kommunen werden wir unter Einbeziehung
12 aller Beteiligten die **Voraussetzungen für die Einführung der**
13 **Gemeinschaftsschulen schaffen.**
- 14 6. **Die Diffamierung der Gesamtschule wird beendet.**
15 Entwicklungen vor Ort werden konstruktiv begleitet und die
16 Ganztagsform wird wieder ermöglicht.
- 17 7. Schulleiterinnen und Schulleiter brauchen mehr Zeit, um das
18 Schulleben zu gestalten. In der Vergangenheit haben die
19 Aufgaben enorm zugenommen. **Die Zeit für die Erfüllung von**
20 **Aufgaben der Schulleitung an allen Schulformen muss**
21 **schrittweise ausbaut werden.**

22

23 ***Gute Hochschulen***

24 Unter unserer Führung ist in NRW die dichteste Hochschullandschaft
25 Europas entstanden. Doch die Situation an den Hochschulen in
26 Nordrhein-Westfalen hat sich in den letzten Jahren drastisch
27 verschlechtert. In allen vier am Zusammenleben im Lebensraum
28 Hochschule beteiligten Gruppen – so differenziert ihre Perspektiven
29 durch die Spaltungspolitik von CDU und FDP auch sein mögen –
30 wächst die starke Unzufriedenheit und der Leidensdruck. Sie alle sind
31 negativ von der Bildungspolitik der letzten Jahre betroffen.

32

1 Die wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind immer
2 häufiger von prekären Arbeitsverhältnissen bedroht, da die
3 Hochschulleitungen durch unklare Mittellage und Studiengebühren in
4 vielen Fällen nur befristete Verträge abschließen können. Die
5 Professorinnen und Professoren sehen sich der verständlichen Kritik
6 daran, ebenso wie der berechtigten Kritik der Studierenden etwa an den
7 Betreuungsverhältnissen und Studiengebühren ausgesetzt. Dabei
8 müssen sie selbst intensiv Drittmittel einwerben, um forschen zu
9 können. Wenn sie das tun, bleibt aber entgegen dem Humboldtschen
10 Ideal die forschungsbasierte Lehre auf der Strecke.

11

12 Die Studierenden sind mit den neuen Studiengängen extrem belastet,
13 erleiden immer häufiger psychische Erkrankungen, erhalten nicht genug
14 finanzielle Unterstützung, müssen zusätzlich ihre Studiengebühren
15 finanzieren und oft mehrere Jobs annehmen, häufig in den Abend- und
16 Nachtstunden. Viele brechen ihr Studium ab. Inzwischen fühlen sie sich
17 derart hinters Licht geführt, verraten und hilflos, dass sie zu Recht
18 aufbegehren und protestieren. Auch die Gruppe der weiteren
19 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter fällt der immer deutlicher fehlenden
20 Ausfinanzierung der Hochschulen zum Opfer. Fortschreitender Spar-
21 und Privatisierungswahn führt zu Kündigungen oder Ausgliederungen
22 von Hochschulbereichen und damit einhergehenden Lohnverlusten, da
23 Tarifverträge umgangen werden.

24

25 Diese und viele andere Probleme entstanden auf Basis der
26 konsequenten Abwälzung von politischen Herausforderungen und
27 Problemen an die Hochschulen, Verantwortungsflucht, die fehlende
28 Fähigkeit den Betroffenen an den Hochschulstandorten zuzuhören und
29 ideologische Scheuklappen.

30

31 Dieser verfehlten Politik werden wir konsequent ein Ende setzen. Unser
32 Verständnis von Bildungspolitik ist ein gänzlich anderes. Bildungspolitik
33 ist eine bedeutende staatliche Aufgabe, sie trägt wesentlich zur
34 Chancengleichheit und Innovationsfähigkeit bei und sichert unter

1 anderem den Wohlstand für künftige Generationen. Die Formulierung
2 dieser Ziele muss aus unserer Sicht gemeinsam und auf Augenhöhe
3 zwischen den Hochschulen und der Politik erfolgen.

4

5 Moderne Bildungspolitik nutzt die Bildungsreserven in der Gesellschaft.
6 Bildung dient auch der Qualifikation, ist aber vor allem ein
7 Menschenrecht und ein Wert an sich. Wir wollen diesen Wert wieder in
8 unserer Gesellschaft stärken und im Wissenschaftssystem nachhaltig
9 verankern.

10

11 Moderne Bildungspolitik sichert Zukunft. Investitionen in Bildung sind
12 Investitionen für die nächsten Generationen. Wir sind uns bewusst,
13 dass die Investitionszyklen im Wissenschaftssystem länger sind als in
14 anderen Politikfeldern und deshalb alle Konzepte inhaltlich und
15 materiell langfristig angelegt sein müssen. Wir wollen daher dauerhaft
16 mehr Geld in Bildung investieren und bekennen uns zu den Zielen des
17 Bildungsgipfels, bis 2015 gesamtstaatlich 10 Prozent des
18 Bruttoinlandsprodukts für Bildungsausgaben aufzuwenden. Wer das
19 Bildungsniveau nachhaltig steigern und somit Arbeitsplätze in NRW
20 sichern will, muss solche Prioritäten setzen.

21

22 Unsere vorrangigen Ziele dabei sind:

23

24 1. Wir stehen für eine in ihrer gesamten Breite geförderten
25 Hochschullandschaft in staatlicher Verantwortung, deren Struktur
26 national und international konkurrenzfähig ist, die staatlich solide
27 finanziert wird und sehr gute Studienbedingungen bietet.

28

29 2. Mit uns wird es keine Privatisierung von Hochschulstandorten geben.
30 Auch die Universitätskliniken sollen in öffentlicher Verantwortung
31 bleiben.

32

33 3. Wir stehen für die konsequente Überarbeitung und
34 Weiterentwicklung des Bologna-Prozesses. Wir werden für

1 vergleichbare und angemessene Bachelor-Studiengänge sorgen. Das
2 beinhaltet für uns freiere Wahlmöglichkeiten bei Seminaren und
3 Vorlesungen, weniger Anwesenheitspflichten und eine neue,
4 einheitliche Berechnung und Vergleichbarkeit der ECTS (Leistungs)-
5 Punkte. Außerdem müssen Studienstrukturen flexibel sein. Deshalb
6 werden wir den Studienortswechsel vereinfachen und gemeinsam mit
7 den Hochschulen kooperative Standards für die wechselseitige
8 Abstimmung der Studieninhalte entwickeln. Stärker als bisher müssen
9 wir die internationalen Möglichkeiten des Hochschulsystems nutzen.

10

11 4. Wir werden sicherstellen, dass qualifizierte Studierende mit Bachelor-
12 Abschluss, die ihren Master machen möchten, auch einen
13 Masterstudienplatz erhalten. Auch bei den Masterprogrammen achten
14 wir auf ihre Studierbarkeit.

15

16 5. Wir stehen für ein gebührenfreies Studium, in dem kein junger
17 Mensch vom Studium abgeschreckt wird. Wir werden jegliche Formen
18 von Studiengebühren zeitnah nach der Wahl abschaffen.

19

20 6. Das Hochschulpersonal gehört für uns grundsätzlich in den
21 Landesdienst. Die jetzige Situation hat zu einer nicht hinnehmbaren
22 Verschlechterung der Stellung des Hochschulpersonals geführt.
23 Zusätzlich werden wir auch die studentischen Beschäftigten tariflich
24 absichern, indem wir sie in den Tarifvertrag des Landes aufnehmen.

25

26 7. Wir wollen die Universitäten auch für Berufspraktiker öffnen. Deshalb
27 werden wir gemeinsam mit den Universitäten einen „Wechselkurs“ zur
28 Anrechnung der in der Berufsausbildung erbrachten Leistungen
29 entwickeln, die anstelle des Abiturs treten können.

30

31 8. Wir stehen für das BAföG und werden für eine sofortige Erhöhung
32 der Regelsätze über den Inflationsausgleich hinaus sorgen. Außerdem
33 möchten wir die Gruppe der Bezugsberechtigten ausbauen und
34 perspektivisch zu einer elternunabhängigen Förderung gelangen.

1 Ausschließlich Stipendien als finanzielle Unterstützung, wie sie der
2 Innovationsminister vorgeschlagen hat, lehnen wir hingegen ab. Die
3 Studienfinanzierung muss nach sozialen Kriterien erfolgen und
4 krisensicher sowie unabhängig sein.

5

6 9. Wir stehen für lebendige Hochschulen. Für uns ist dabei die
7 demokratische Selbstverwaltung Ausdruck der Wissenschaftsfreiheit.
8 Deshalb werden wir die Hochschulräte wieder abschaffen.

9

10 10. Studierende brauchen eine starke studentische Selbstverwaltung.
11 Wir stehen zur verfassten Studierendenschaft, ihrer
12 Satzungsautonomie und Finanzhoheit. Mit uns wird es keinen Abbau
13 ihrer Rechte geben.

14

15 11. Wir stehen für den Erhalt eines breiten Angebots an
16 Studiengängen. Wir werden sicherstellen, dass jedes Fach in NRW
17 dauerhaft angeboten wird.

18

19 12. Wir stehen für ein ausreichendes Studienangebot. Wir werden
20 sicherstellen, dass allen Studierwilligen ein entsprechendes Angebot an
21 Studienplätzen zur Verfügung steht und die Kapazitäten der
22 Hochschulen bedarfsgerecht ausgebaut werden.

23

24 13. Wir stehen für nachhaltige Frauenförderung an unseren
25 Hochschulen. Wir werden die Hochschulen dabei unterstützen, ihren
26 Frauenanteil dauerhaft auf 50 Prozent zu erhöhen.

27

28 14. Wir stehen für starke Studentenwerke. Wir werden die
29 Studentenwerke als Hauptträger der sozialen Infrastruktur wieder
30 finanziell und strukturell stärken. Sie müssen ihren Aufgaben flexibel,
31 bedarfsgerecht und flächendeckend nachgehen können.

32

33

34

1 **Weiterbildung gewährleisten**

2

3 Bildung ist Menschenrecht. Wir wollen die lernende Gesellschaft, in der
4 sich Menschen ein Leben lang weiter entwickeln können. Lebenslanges
5 Lernen und Weiterbildung sind Kernelemente der zukunftsfähigen und
6 nachhaltigen Gestaltung unseres Gemeinwesens. Dabei gilt unser
7 besonderes Augenmerk auch den Weiterbildungsangeboten für ältere
8 Menschen sowie Menschen aus einkommensschwachen und
9 bildungsfernen Milieus.

10

11 Wir werden das Prinzip der zweiten Chance stärken, indem wir allen
12 Menschen in unserem Land ermöglichen, entgeltfrei an einer
13 anerkannten Weiterbildungsstätte Schulabschlüsse nachzuholen.

14 Beschäftigte, die während der Kurzarbeit eine qualifizierende,
15 abschlussbezogene Weiterbildung anstreben, sollen von der
16 Notwendigkeit, dem Betrieb zur Verfügung zu stehen, mit Lohnersatz
17 großzügig befreit werden. Mittelfristig erstreben wir die Einführung eines
18 Erwachsenen-BAFöG sowie eines Rechtes auf Freistellung, um
19 Weiterbildung zum Zweck einer abschlussbezogenen Zusatzausbildung
20 zu ermöglichen.

21

22 Den nordrhein-westfälischen Ausbildungskonsens mit Wirtschaft und
23 Gewerkschaften werden wir zu einem Qualifizierungskonsens
24 ausweiten. Die Wirtschaft muss im Rahmen von Selbstverpflichtungen
25 einen wachsenden Anteil betrieblicher Weiterbildung garantieren.

1 **IV. Ökologisches Wachstum und Innovation**

2

3 ***Die Menschen stehen im Mittelpunkt unsers politischen Handelns***

4

5 Wir stehen für eine Politik, die die Menschen in den Mittelpunkt jedes
6 Handelns rückt. Politik darf sich niemals an einseitigen Interessen
7 ausrichten, sondern muss allein dem Ziel dienen, die
8 Lebensbedingungen der Menschen zu verbessern.

9

10 Wir in NRW wissen: Umweltpolitik ist auch eine Frage der sozialen
11 Gerechtigkeit. Benachteiligte Haushalte leben oft in einer stärker
12 belasteten Umwelt, in Gegenden mit hoher Luftbelastung oder an
13 lauten Verkehrsstraßen. Verbessert sich die Umweltsituation,
14 verbessert sich auch die soziale Lebenslage. Konsequenter betriebener
15 Klima- und Umweltschutz trägt damit auch zu mehr sozialer
16 Gerechtigkeit bei.

17

18 Es ist die bewährte Stärke der SPD unseres Landes, ökonomische
19 Vernunft, soziale Gerechtigkeit und ökologische Verantwortung im
20 praktischen Regierungshandeln zu verbinden. Dieser Dreiklang ist
21 unser Markenzeichen für nachhaltige Politik.

22

23 ***Die Industrie bleibt Fundament unserer Wirtschaft***

24

25 Mit einem Bruttoinlandsprodukt (BIP) von über 540 Milliarden Euro im
26 Jahr 2008 ist NRW das wirtschaftlich bedeutendste Bundesland. So
27 erwirtschaftet alleine die chemische Industrie in NRW über 30 % des
28 Umsatzes der deutschen Chemie. Energiewirtschaft,
29 Automobilzulieferer und der Maschinenbau beliefern aus NRW die
30 ganze Welt. 2008 haben wir Waren im Wert von rund 172 Milliarden
31 Euro ausgeführt. Wir wollen, dass NRW das Land der modernen
32 Industrie wird. Dafür müssen wir neue Antworten auf neue
33 Herausforderungen geben.

34

1 Erfolgreiche Wirtschaftspolitik braucht die Bereitschaft zur
2 gemeinsamen Anstrengung von politischem Wollen, wirtschaftlichem
3 Können und staatlichem Handeln. Maßstab unserer Wirtschaftspolitik
4 ist der unternehmerische Erfolg, der langfristige Wertschöpfung und
5 Arbeitsplatzsicherung über kurzfristige Renditen und Bonuszahlungen
6 stellt. Wir wissen, dass die allermeisten Unternehmer dies auch so
7 sehen. Unsere moderne Wirtschaftspolitik eröffnet Chancen für
8 Wachstum und Beschäftigung und überwindet bestehende Blockaden.

9

10 Genauso so wie hoch qualifizierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter
11 braucht unsere Wirtschaft eine sichere Energieversorgung, eine
12 leistungsfähige Logistik und die verschiedensten Rohstoffe, um auf dem
13 Weltmarkt zu bestehen. Politik muss hier einen guten Rahmen setzen.
14 Wir werden die notwendige Infrastruktur zum Erhalt und Ausbau des
15 Industriestandorts NRW unter sozialen, ökonomischen und
16 ökologischen Aspekten nachhaltig neu definieren. So können wir eine
17 wirksamere industriepolitische Allianz schmieden. Wir werden das
18 Planungsrecht und die Genehmigungspraxis in NRW modernisieren.
19 Wir müssen eine neue Vertrauensbasis für industrielle Großprojekte
20 schaffen, nur dann besteht die Chance zur praktischen Umsetzung des
21 faktisch Notwendigen. Eine gute und leistungsfähige Verwaltung ist als
22 verlässlicher Partner für Investoren und Anwohner unverzichtbar. Die
23 staatliche Umweltverwaltung muss wieder in die Lage versetzt werden,
24 in Genehmigungsverfahren nach Recht und Gesetz zu entscheiden,
25 einheitlich in ganz NRW. Bei allen Planungsphasen und auf allen
26 Entscheidungsebenen brauchen wir ein Höchstmaß an Transparenz
27 nach dem verlässlichen Grundsatz: Wir machen aus Betroffenen
28 Beteiligte.

29

30 Die Wirtschaft in NRW ist so vielfältig wie das Land. Arbeitgeber und
31 Arbeitnehmer schaffen gemeinsam Werte und sichern Arbeitsplätze, ob
32 in großen oder kleinen Unternehmen, in Industrie oder Dienstung, im
33 Handwerk, in der Privatwirtschaft oder unseren Stadtwerken. Wir lassen
34 nicht zu, dass sie gegeneinander ausgespielt werden. Wir werden den

1 Mittelstand unterstützen, ohne die Großindustrie zu vernachlässigen.
2 Wir werden die Stadtwerke und das Handwerk fördern. Die
3 regionalisierte Strukturpolitik stärken wir über eine bessere Verzahnung
4 im Förderdreieck Brüssel, Berlin, Düsseldorf.

5
6 Die Mittel wollen wir dort einsetzen, wo der Problemdruck am größten
7 ist. Wir wollen erreichen, dass zukünftig die Mittelvergabe
8 unbürokratischer, transparenter, schneller und gerechter erfolgt als in
9 den von der Regierung Rüttgers eingeführten bürokratischen Verfahren.
10 Deshalb werden wir auch neue Lösungen zur Finanzierung von
11 Eigenanteile bei Kommunen mit Nothaushalt anbieten.

12

13 ***Fortschrittmotor Klimaschutz***

14

15 Statistisch produziert jeder Deutsche zehnmal mehr CO₂ als ein Inder
16 und immer noch doppelt so viel als ein Chinese. Weltweit hat jeder
17 Mensch unabhängig von Geschlecht, Hautfarbe und Einkommen
18 dasselbe Recht auf eine gute Entwicklung seiner persönlichen
19 Lebensverhältnisse. Wir müssen feststellen, dass die Emissionen in
20 Entwicklungs- und Schwellenländern zunächst noch steigen werden.
21 Trotzdem müssen die Industrieländer ihre Emissionen bis 2020
22 gemeinsam um 25 bis 40 Prozent gegenüber 1990 reduzieren und
23 danach bis 2050 eine Absenkung um 80 bis 95 Prozent erreichen.
24 Deutschland will aber bis 2020 seine Gesamtemissionen im Vergleich
25 zu 1990 um 40 % senken. Da NRW für ca. 38 % der bundesweiten
26 CO₂-Emissionen verantwortlich ist, müssen wir beim Klimaschutz
27 Vorreiter werden. Ohne NRW kann Deutschland seine Klimaschutzziele
28 nicht erreichen. Die letzten Jahre waren aber für den Klimaschutz
29 verlorene Jahre: In NRW sind von 2005 bis 2007 die CO₂-Emissionen
30 um ca. 2,4 % gestiegen. Diesen Trend werden wir entschlossen
31 umkehren.

32

33 In Nordrhein-Westfalen werden wir beweisen: Fortschritt entsteht, wenn
34 wir die Herausforderungen des Klimaschutzes beherzt meistern. Die

1 SPD hat schon einmal gezeigt, dass "Der blaue Himmel über der Ruhr"
2 erreicht werden kann. Jetzt gehen wir den nächsten Schritt: wir machen
3 aus dem Ruhrgebiet eine Öko-Region, in der für Kohle, Stahl und
4 Chemie Platz ist. Wir machen ganz NRW zum europäischen Zentrum
5 des **Fortschrittmotors Klimaschutz**. Wir nutzen die
6 Herausforderungen des Klimawandels als Antrieb für eine neue
7 wirtschaftliche Dynamik und für die soziale Gestaltung des weiteren
8 Strukturwandels.

9

10 Wir wollen, dass das 21. Jahrhundert für alle Menschen eine gute
11 Zukunft bereit hält und sich die Lebensqualität verbessert. Dazu ist
12 verantwortungsvolle Klimapolitik notwendig. Sie ist zu einer sozialen
13 Frage geworden, weil viele Menschen durch hohe Energiepreise
14 belastet sind und die Menschen mit kleinen Einkommen die
15 Auswirkungen des Klimawandels am stärksten spüren.

16

17 Verantwortungsvolle Politik ermöglicht es allen Menschen, am
18 Klimaschutz mitzuwirken und möglichst wenig von der teurer
19 werdenden Energie zu verbrauchen. Klimaschutz und wirtschaftlicher
20 Erfolg sind in der betrieblichen Praxis schon lange kein Gegensatz
21 mehr. Wir in Nordrhein-Westfalen verstehen den Klimaschutz als einen
22 Fortschrittmotor für eine starke Wirtschaft, weil er Ökonomie, Ökologie
23 und soziale Gerechtigkeit beispielhaft verbinden kann.

24

25 **Leitmärkte für ökologische Industriepolitik**

26

27 Die neue Landesregierung wird ein für die Zukunft des Landes so
28 entscheidendes Projekt wie die ökologische Industrialisierung
29 nicht allein den Märkten überlassen. Seine Notwendigkeit und
30 seine Perspektiven ergeben sich ja gerade aus den historischen
31 Ausmaßen des Marktversagens. Eben weil die Märkte von sich
32 aus unfähig waren, bei der Entwicklung neuer Technologien die
33 ökologischen Interessen in Rechnung zu stellen, kann die
34 Ökologisierung der Industrie nur ein politisches Projekt sein. Sie

1 kann freilich auch nicht gegen die Märkte zum Erfolg geführt
2 werden, sondern nur mit den Märkten. Aber nicht indem sie den
3 Märkten hinterherhinkt, sondern indem sie die
4 Rahmenbedingungen und die politischen Impulse so setzt, dass
5 die Märkte der Politik folgen. Der Staat geht als Pionier der
6 Entwicklung voraus und setzt seine Daten in die Märkte hinein.

7

8 Das ist die Strategie der ökologischen Leitmärkte. Sie müssen
9 einer Logik der Spezialisierung folgen, die bei dem beginnt, was
10 unser Land jetzt und künftig am besten kann.

11

12 Effizienztechnologie, Solarenergie, CO₂-freie Kohleverbrennung,
13 umweltgerechte Mobilitätstechnologien sind Technikfelder, auf
14 denen revolutionäre Fortschritte absehbar sind, die unsere eigene
15 Industriebasis voranbringen und zukunftsfest machen und
16 gleichzeitig Arbeitsplätze bei uns sicher machen. Sie sichern
17 unserem Land für lange Zeit Exportchancen gerade in den
18 Bereichen, deren Wachstum auf den Weltmärkten gewährleistet
19 ist.

20

21 Dabei handelt es sich aber auch um Technologien, bei denen es
22 in unserem eigenen Interesse darauf ankommt, für rasche
23 weltweite Verbreitung zu sorgen, damit Umwelt und Weltklima
24 sicher bleiben.

25

26

27 **Sofortprogramm Klimaschutz**

28

29 Die schwarz-gelbe Landesregierung bremst beim Klimaschutz. Sie
30 verspielt die Zukunft unseres Landes. In einer neuen Landesregierung
31 mit Hannelore Kraft als Ministerpräsidentin werden wir ein
32 Sofortprogramm für NRW mit folgenden Maßnahmen umsetzen:

33

- 1 1. Wir werden unsere Energie zukunftsfest machen und mit Hilfe
2 von effizienten Technologien den **Einsatz von Energie und**
3 **Rohstoffen drastisch senken**. Wir wollen die Akzeptanz der
4 Menschen für die industrielle Produktion zurück gewinnen und
5 dauerhaft stärken.
- 6 2. Wir halten in NRW am **Atomausstieg** fest. Längere Laufzeiten
7 sind ein Investitionshemmnis für unser Land, weil sie den
8 Ausbau der erneuerbaren Energie massiv gefährden und eine
9 Modernisierung von Kraftwerksparkes verhindern. Wir werden
10 auch keinen Neubau von Atomkraftwerken in NRW zulassen.
- 11 3. Wir werden unsere Abhängigkeit von Energieexporten
12 verringern. Der Import von Öl, Gas, Kohle und Uran kostet uns
13 viele Milliarden Euro jährlich. Deshalb müssen wir durch
14 Einsparungen den Energiebedarf senken und wo immer es
15 möglich ist, **konsequent auf heimische Energien** setzen, die
16 die Wertschöpfung bei uns in NRW sichern. Arbeitsplätze
17 entstehen durch heimischen Bergbau, eigene Kraftwerke oder
18 die Nutzung von Sonne, Wind, Wasserkraft und Biomasse. Wir
19 wollen stark steigende Anteile der regenerativen Energien.
20 Daneben sichert es uns ab, wenn wir die heimische Braunkohle
21 weiter planmäßig abbauen und den Sockelbergbau in der
22 Steinkohle weiter erhalten.
- 23 4. Wir werden den **Stromverbrauch senken** und suchen dazu den
24 Dialog mit Energieversorgern, Städten und Gemeinden,
25 Verbraucherzentralen und Energieagentur. Wir wollen den
26 Menschen beim Strom sparen helfen und dazu alle
27 Möglichkeiten nutzen, z.B. auch neue Finanzierungsmodelle für
28 sparsamere Elektrogeräte wie Kühlschränke oder
29 Waschmaschinen.
- 30 5. Wir organisieren den **Durchbruch der erneuerbaren Energien**
31 in NRW. Derzeit liegen wir im Vergleich der Bundesländer auf
32 einem beschämenden 12. Platz. Jetzt gilt es, Hemmnisse für den
33 Ausbau erneuerbarer Energien abzubauen. Dazu werden wir ein
34 Programm „**1 Million Dächer Solarthermie**“ auflegen. Alte,

- 1 ineffiziente und laute Windräder wollen wir durch leisere und
2 leistungsfähigere Anlagen ersetzen. Wir werden deshalb dem
3 Repowering von Windenergieanlagen in NRW zum
4 Durchbruch verhelfen und Hemmnisse des Windkraftausbaus
5 beseitigen.
- 6 6. Wir werden **hocheffiziente und klimafreundliche**
7 **Kohlekraftwerke** fördern. Deshalb sollen diejenigen Zuschüsse
8 aus den Einnahmen des Emissionshandels erhalten können, die
9 in neue hocheffiziente Kraftwerke, weitestgehend mit Kraft-
10 Wärme-Kopplung, investieren. Nur eine saubere Kohlenutzung
11 ist eine sinnvolle Kohlenutzung. Wir werden ein Fern- und
12 Nahwärmeprogramm für NRW auflegen, weil heute zuviel Strom
13 in Kraftwerken erzeugt wird, die Wärme ungenutzt an die
14 Umgebung abgeben. Wir werden uns dafür einsetzen, dass alte
15 ineffiziente Kraftwerke schnell abgeschaltet werden und in NRW
16 die Technik der Abscheidung von Kohlendioxid weiter forciert
17 wird.
- 18 7. Wir werden unsere **Stadtwerke stärken**. Wir wollen nicht, dass
19 der Energiemarkt von den vier großen Energieversorgern
20 beherrscht wird. Deshalb werden wir den Stadtwerken
21 ermöglichen, sich wieder breit im Energiemarkt zu betätigen und
22 damit den Wettbewerb zu stärken. Dazu werden wir den § 107
23 der Gemeindeordnung ändern.
- 24 8. Wir werden in NRW den Ausbau von **sauberer Elektromobilität**
25 in Verbindung mit Erneuerbaren Energien im Dialog mit den
26 Kommunen voranbringen. Von den modernen PKW-Konzepten
27 sind im Bereich der Elektromobilität in den nächsten Jahren die
28 größten Fortschritte zu erwarten. Deshalb werden wir an Rhein
29 und Ruhr im Dialog mit Autoindustrie, Energiewirtschaft und
30 Forschung Stromtankstellen einrichten.
- 31 9. Wir werden in NRW mit einem Investitionsprogramm Anreize
32 schaffen, **öffentliche Gebäude und private Wohnhäuser**
33 **energetisch zu sanieren**.

1 10. Wir werden ein kommunales Konzept für die Förderung von sog.
2 Zero-Emission-Cities entwickeln, um Städten mit einer passiven
3 Energiebilanz zu schaffen.

4 11. Wir richten eine **Zukunftswerkstatt „Fortschrittmotor**
5 **Klimaschutz“** ein. In dieser Zukunftswerkstatt arbeiten
6 Wissenschaft, Wirtschaft und Gewerkschaften zusammen. Hier
7 wird auch die Grundlage für neue Ausbildungsberufe gelegt.
8 Höhepunkt für Nordrhein-Westfalen ist eine **internationale**
9 **Weltausstellung "EXPO Fortschrittmotor Klimaschutz"** Hier
10 werden die Projekte aus der Zukunftswerkstatt gebündelt und mit
11 bereits vorhandenen richtungsweisenden Projekten in NRW (z.
12 B. Blauer Turm Herten) zur Expo gebracht. Wir wollen die
13 "EXPO Fortschrittmotor Klimaschutz" bis 2011 beantragen und
14 2015/2016 durchführen.

15 12. Der Fortschrittmotor Klimaschutz ist Regierungsauftrag. Als
16 Regierung richten wir ein **"Klimakabinett"** ein, das innerhalb der
17 Landesregierung alle neuen Chancen des Klimaschutzes
18 bündelt. Im Landtag richten wir einen entsprechenden
19 **Sonderausschuss „Klimaschutz“** ein.

21 **Innovative Politik für eine gute Zukunft**

22
23 Wir werden eine Innovationsoffensive für NRW starten und damit im
24 Umfeld von Wachstumsbranchen den gezielten Ausbau und die
25 Stärkung landesweiter Netzwerke zwischen Unternehmen,
26 Hochschulen und Forschungseinrichtungen initiieren. Wir wollen den
27 Brückenschlag zwischen kleinen und mittelständischen Unternehmen,
28 dem Handwerk und der Forschung erleichtern. Durch gezielte
29 Förderung, z.B. in Form des Beratungs- und Innovationsschecks sollen
30 solche Unternehmen bei Forschungseinrichtungen oder Hochschulen
31 Unterstützung auf dem Weg zu neuen Produkten oder
32 Prozessinnovationen durch Beratung erhalten. Der Beratungsscheck
33 soll die Hälfte der Forschungs- und Entwicklungskosten bei einer
34 Höchstförderung von 15.000 Euro abdecken.

1 **Mittelständische Unternehmen und Handwerk als** 2 **Beschäftigungsmotor**

3
4 Wir stehen für eine mittelstandsfreundliche Wirtschaftspolitik. Wir
5 wissen: Das Handwerk ist eine wichtige Säule unseres Mittelstandes.
6 Handwerk ist Vielfalt und Dienst am Menschen und an der Gesundheit,
7 High Tech und künstlerisches Gestalten. Handwerk - das sind in
8 Nordrhein-Westfalen 100 Milliarden Euro Umsatz und über eine Million
9 Arbeitsplätze. Und das Handwerk war stets ein Ausbildungsmotor der
10 Wirtschaft. Unser Konzept "Gutes Handwerk" sorgt für finanzielle,
11 steuerliche und Beratungs-Hilfestellungen. Wir schaffen optimale
12 Rahmenbedingungen für wirtschaftlichen Erfolg und soziale
13 Verantwortung der Handwerksbetriebe.

14
15 CDU und FDP versuchen, das organisierte Handwerk in unserem Land
16 ideologisch zu missbrauchen. Handwerk braucht praktische Hilfe und
17 keine ideologische Nachhilfe. Wir setzen auf praktische Hilfen und
18 ehrliche Partnerschaft. Wir werden die Rahmenbedingungen für kleine
19 und mittelständische Unternehmen und das Handwerk optimieren.
20 Dabei gilt es, Innovationsprozesse aktiv zu unterstützen und
21 Wissenschaft und Unternehmen zusammen zu bringen. Mit der
22 Einrichtung von Gründerzentren wollen wir eine zielgerichtete
23 Strukturentwicklung von Regionen beschleunigen und ein besseres
24 Gründungsklima erzeugen. Gerade für kleine und mittelständische
25 Unternehmen sind konkrete Hilfen beim Innovationsmanagement wie
26 z.B. dem Verwerten von Patenten sinnvoll. Eine
27 Qualifizierungsoffensive für Fachkräfte wird das Handwerk und die
28 mittelständischen Unternehmen in ihren Ausbildungsbemühungen
29 unterstützen. Dazu gehört insbesondere die Öffnung der
30 Fachhochschulen für berufliche Praktiker.

31
32 Wir stehen für die ortsnahe Vergabe öffentlicher Aufträge, wo immer
33 dies möglich ist. In der Bundesregierung haben wir die steuerliche
34 Absetzbarkeit von Handwerksleistungen durchgesetzt. Wir halten am

1 System der öffentlichen Banken und Sparkassen auch fest, um die
2 Kreditversorgung für Mittelstand und Handwerk sicher zu stellen.

3

4 Kreditversorgung und qualifizierter Nachwuchs sind für kleine und
5 mittelständische Unternehmen von besonderer Bedeutung. Beides ist
6 nur sichergestellt, wenn die öffentliche Hand stark ist. Das bestmögliche
7 Schul- und Hochschulangebot macht den Mittelstand zukunftssicher.

8

9 Wir werden wieder einen Mittelstandsbeauftragten einsetzen, um die
10 Belange der kleinen und mittleren Unternehmen ausreichend zu
11 berücksichtigen und einen kontinuierlichen Mittelstands-Dialog im
12 Wirtschaftsministerium etablieren.

13

14 Wir setzen auf eine neue Unternehmenskultur in NRW, die soziale
15 Verantwortung und Leistungsstolz verknüpft und als Markenzeichen
16 zum Gegenpol einer Mentalität der Gier macht. Im Bundesrat werden
17 wir uns für klare Regeln und Begrenzungen von Gehältern,
18 Bonuszahlungen und Abfindungen von Managern einsetzen.

19

20 **Umwelt, Arbeit und soziale Gerechtigkeit gehören für uns**

21 **zusammen**

22

23 Wir haben in NRW die besondere Situation, dass Natur und industrielle
24 Produktion in enger Nachbarschaft liegen. Dadurch ergeben sich
25 zwangsläufige Interessenunterschiede zwischen Ökonomie und
26 Ökologie. Diese macht sich z.B. am Flächenverbrauch oder bei der
27 Nutzung des Wassers bemerkbar. Die politische Aufgabe besteht darin,
28 gesellschaftlich tragfähige Konsense zu finden, die Beschäftigung
29 sichern, die Umwelt schützen und eine nachhaltige Entwicklung der
30 natürlichen Lebensräume erzielen. Dazu wollen wir eine
31 Umweltverwaltung so stärken, dass sie wieder in der Lage ist, Rechte
32 durchzusetzen und Gesetze zu vollziehen und deren Anwendung zu
33 kontrollieren.

34

1 *Lärm und Feinstaub reduzieren*

2 Feinstaub verursacht schwere Gesundheitsschäden und ein Ansteigen
3 der Sterblichkeitsrate infolge von Herz-Kreislauf-Erkrankungen und
4 Lungenkrebs. Durch Feinstaub wird die durchschnittliche Lebenszeit
5 verkürzt. Die geltenden Grenzwerte der Feinstaubbelastung werden in
6 verkehrsreichen Straßen immer wieder überschritten. Kommunen und
7 Länder, in denen diese Werte nicht eingehalten werden konnten, haben
8 inzwischen Luftreinhalte- und Aktionspläne erarbeitet. Die SPD setzt
9 sich für ein Konzept "Lärm- und Feinstaub reduzieren - Gesundheit
10 schützen" ein. Die SPD will

- 11 • ein Lärmsanierungsprogramm auf der Landesebene, das Lärm
12 von Flugzeugen, Fahrzeugen und von der Schiene konsequent
13 eindämmt,
- 14 • eine nach Schadstoffausstoß und Uhrzeit gestaffelte LKW-Maut.
15 Wir wollen endlich eine KFZ-Steuer, die ausschließlich an den
16 Schadstoffausstoß gekoppelt ist,
- 17 • eine weitere Senkung der Emissionen aus Feuerungs- und
18 Industrieanlagen.
- 19 • klare Regeln für Umweltzonen in NRW, denn dieser
20 Umweltschutz ist Gesundheitsschutz für die Menschen in den
21 betroffenen Regionen,
- 22 • eine bessere Unterstützung der Kommunen bei der Bekämpfung
23 von Feinstaub
- 24 • die Weiterentwicklung und Stärkung des ÖPNV unterstützen.

25

26 **NRW als Wasserland Nr. 1 stärken - Masterplan Wasser NRW** 27 **umsetzen**

28 Sauberes Trinkwasser ist unser wichtigstes Lebensmittel und für jeden
29 Menschen unverzichtbar. Die Menschen haben ein Recht auf sauberes
30 und gesundes Trinkwasser. Nordrhein-Westfalen verfügt über
31 zahlreiche Wasservorkommen. Trotz hoher Siedlungsdichte und der
32 industriell geprägten Wirtschaft verfügen 18 Millionen Menschen über
33 eine sichere Trinkwasserversorgung und Abwasserentsorgung. Die
34 Trinkwasserversorger und Abwasserentsorger gewährleisten dies

1 bislang auf höchstem Niveau. Trotzdem muss die Ressource Wasser
2 kontinuierlich vor Verunreinigungen geschützt werden. Dabei müssen
3 beispielsweise den Herausforderungen des demografischen Wandels
4 ebenso Rechnung getragen werden wie den Veränderungen durch den
5 Klimawandel.

6

7 Unsere Gewässer prägen sowohl die nordrhein-westfälischen Natur- als
8 auch die Kulturlandschaft. Sie dienen vielen Tieren und Pflanzen als
9 Lebensräume und bieten vielerorts Naherholungsmöglichkeiten – das
10 ist gerade in so einer dicht besiedelten Region wie NRW sehr wichtig.
11 Die Belange von Mensch und Tourismusbranche müssen dabei im
12 Einklang mit Umweltgesichtspunkten stehen. Von der Politik gesetzte
13 hohe Standards haben die stetige Weiterentwicklung effizienter und
14 umweltschonender Technologien forciert.

15

16 Die SPD-Landtagsfraktion hat einen Masterplan Wasser beschlossen,
17 der die wesentlichen Herausforderungen und Handlungsfelder benennt.
18 Die SPD setzt sich dafür ein, NRW dauerhaft zum Wasserland Nr. 1 zu
19 machen.

20 Schwerpunkte müssen dabei auf folgende Bereiche gesetzt werden:

21 • **Wasserforschung und Energiegewinnung.** Forschung und
22 Entwicklung sind Motor des Fortschritts auf dem Gebiet der
23 neuen Technologien in den Bereichen Trinkwasseraufbereitung
24 und Abwasserbehandlung. Die Kompetenzen müssen
25 ausgebaut, eine engere Verzahnung untereinander sowie mit der
26 Wirtschaft gefördert werden. Eine auskömmliche, dauerhafte
27 Finanzierung muss gewährleistet werden. Gleichzeitig muss in
28 Zeiten dramatisch steigender Energiekosten und dem Bestreben,
29 den CO₂-Ausstoß zu reduzieren, jede Möglichkeit zur Nutzung
30 regenerativer Energien im Wasserbereich geprüft werden. Die
31 Erforschung vielfältiger Technologien zur Energiegewinnung
32 etwa im Umfeld von Kläranlagen aber auch zur
33 gewässerverträglichen Nutzung der Wasserkraft muss forciert
34 werden.

- 1 • **Trinkwasser/Abwasser.** Wasser ist Lebensmittel Nr. 1 und muss
2 allen Bürgern in höchster Qualität zur Verfügung stehen. Der
3 Einsatz entsprechender Technologien ist ebenso Voraussetzung
4 wie ständige, kompetente Überwachung der Wasserqualität.
5 Gleichzeitig muss der verantwortungsvolle, schonende Umgang
6 mit der Ressource Wasser gewährleistet und der Eintrag von
7 schädlichen Spurenstoffen minimiert werden. Die bestehende
8 Infrastruktur muss daher in Stand gehalten bzw. an die sich
9 verändernden Rahmenbedingungen angepasst werden. Die
10 öffentliche Abwasserbeseitigung in NRW ist vorbildlich. Eine
11 Privatisierung dieser wichtigen öffentlichen Aufgabe lehnen wir
12 ab.
- 13 • **Gewässerökologie und Freizeit.** Die nordrhein-westfälischen
14 Gewässer dienen vielen Bürgern für Naherholung oder auch
15 sportliche Betätigung. Gleichzeitig sind sie Lebensraum
16 verschiedenster Tier- und Pflanzenarten und bedürfen eines
17 entsprechenden Schutzes. Die Interessen von Mensch und
18 Natur müssen in ein entsprechendes Gleichgewicht gesetzt
19 werden.

20

21 **Boden schützen und Flächenverbrauch reduzieren**

22 Der Boden stellt eine unvermehrbar und unverzichtbaren
23 Lebensfaktor dar. Er ist grundlegend für die landwirtschaftliche
24 Produktion, er ist ein wichtiger CO₂-Speicher und als Freifläche wichtig
25 für die Erholung der Menschen - dies gilt insbesondere für eine dicht
26 besiedelte Region wie NRW. Der Schutz des Bodens gewinnt mit Blick
27 auf die Ressourcenknappheit, den Erhalt der Biodiversität und der
28 zukünftigen landwirtschaftlichen Produktion eine wachsende
29 Bedeutung.

30 Durch die Versiegelung des Bodens und die Zerschneidung der
31 Landschaft geht täglich dauerhaft natürlichen Bodenfunktionen, wie
32 auch das Potenzial für Arten und Biotope verloren. Die Folgen sind
33 langfristig und oftmals irreparabel: Neben der unmittelbaren
34 Schädigung und dem Verlust fruchtbarer Böden wird der

1 Wasserhaushalt beeinträchtigt, mit der Folge einer wachsenden
2 Hochwassergefahr und einer gestörten Grundwasserneubildung.
3 Biotop werden geschädigt oder zerstört, Landschaften werden
4 zerschnitten, viele Wälder sowie agrarisch genutzte Ökosysteme sind
5 nicht mehr oder nur noch eingeschränkt als Lebensraum für Tiere mit
6 größeren Aktionsradien tauglich. Die verloren gehenden Äcker, Wiesen
7 und Wälder fehlen nicht nur den Landwirten als Produktionsgrundlage,
8 sondern sie werden zu großen Teilen versiegelt und können ihre
9 Funktion im Umwelthaushalt nicht mehr erfüllen. Für den Menschen
10 gehen wichtige Erholungsräume und Kulturlandschaften verloren. Diese
11 prägen auch das Bild von Heimat und stellen so auch eine große
12 emotionale und soziale Bedeutung dar.

13

14 Die SPD setzt sich dabei dafür für ein, in NRW den Flächenverbrauch
15 drastisch zu senken. Wir wollen weniger Flächen verbrauchen und die
16 Zerschneidung von Landschaften minimieren. Dazu brauchen wir ein
17 gezieltes Umsetzungsprogramm für NRW mit klaren Zielen und
18 Maßnahmen. Kernpunkte sollten sein:

- 19 • Weitere Umsetzung der Maßnahmen, die bereits im
20 Klimaschutzkonzept der SPD-geführten Landesregierung für die
21 Siedlungs- und Landschaftsplanung festgelegt worden sind.
- 22 • Eine Stärkung der Städtebauförderung mit dem Ziel, die
23 Wohnumfeldqualität in bestehenden Siedlungen spürbar zu
24 verbessern.
- 25 • Eine verstärkte Ausrichtung aller Wirtschafts- und
26 Agrarförderprogramme auf die Nutzung bestehender Siedlungen
27 sowie die Wiedernutzung innerörtlicher Brachflächen und
28 Baulücken.
- 29 • Eine weitere Förderung der Aufarbeitung von Industriebrachen.
- 30 • Eine Reform des Systems der Kommunalfinanzen, um Anreize zur
31 weiteren Ausweisung von Siedlungsflächen zu dämpfen und
32 stattdessen die ökologische Aufwertung von Flächen zu
33 honorieren.
- 34 • Eine Unterstützung aller Kommunen bei der Abschätzung der

1 Kostenentwicklung von Wohnungsgebieten wie sie vom Institut
2 für Landes- und Stadtentwicklungsforschung mit dem Projekt
3 LEANkom entwickelt wurde.

- 4 • Die Agrarpolitik des Landes muss Leistungen der Landwirtschaft
5 zur Erhaltung der Kulturlandschaft fördern. Durch konkrete
6 Zielvereinbarungen soll auch in NRW verstärkt der Bodenschutz
7 und die Artenvielfalt geschützt werden.
- 8 • Eine Unterstützung der Kommunen bei einem Einstellen auf die
9 demografischen Veränderungen und Flächen schonende
10 Steuerung des Wettbewerbes um Einwohner.

11

12 Der Naturraum der Senne ist unumstritten der wertvollste Lebensraum
13 und das artenreichste Naturreservat von Nordrhein-Westfalen. Über
14 5000 Tier- und Pflanzenarten gibt es auf dem 112 Quadratkilometer
15 großen Truppenübungsplatz Senne, davon allein über 1000 Arten, die
16 auf der Roten Liste der gefährdeten Tier- und Pflanzenarten stehen.

17

18 Wir setzen uns dafür ein, eine noch intensivere militärische Nutzung zu
19 verhindern. Diese würde das Ökosystem der Senne in erheblichem
20 Ausmaß schädigen und den Erhaltungszustand entscheidend
21 verschlechtern.

22

23 **Den Tierschutz verbessern**

24 Die SPD hat auf der Bundesebene durchgesetzt, dass der Tierschutz
25 im Grundgesetz verankert wird. Tierschutz ist uns ein wichtiges
26 Anliegen. Wir würdigen daher auch das hohe Engagement vieler
27 Bürgerinnen und Bürger in den Tierschutzverbänden. Dabei stehen vor
28 allem folgende Maßnahmen im Mittelpunkt: unserer politischen Ziele:

- 29 • Stärkung des Tierschutzes mittels eines Verbandsklagerechts für
30 Tierschutzorganisationen,
- 31 • Reduzierung der Tierversuche,
- 32 • Bedingungen von Haltung und Transport landwirtschaftlicher
33 Nutztiere tieregerechter auszugestalten; der von der SPD

1 durchgesetzte Tierschutz-TÜV ist hierfür ein staatliches
2 Steuerungsinstrument

3

4 **Verbraucherinnen und Verbraucher schützen und Rechte sichern**

5 Spätestens seit der Finanzkrise ist klar: Der Markt allein ist nicht in der
6 Lage, soziale und ökologische Anforderungen der Gesellschaft zu
7 regeln. Wir werden dem Markt Schranken setzen und Anreize geben,
8 damit sozial und ökologisch nachhaltiges Handeln belohnt wird. Für uns
9 ist aktive Verbraucherpolitik ein zentraler Teil unserer Wirtschaftspolitik.
10 Wir wollen Verbraucherschutz so gestalten, dass nachhaltig produzierte
11 Waren und Dienstleistungen zu einer höheren Lebensqualität der
12 Verbraucherinnen und Verbraucher beitragen, gesundheitliche und
13 materielle Risiken verringert werden und die gesellschaftliche Teilhabe
14 auch im Konsum gesichert wird. Die Daten der Verbraucherinnen und
15 Verbrauchern müssen stärker geschützt werden. Wir stärken die Rechte
16 von Verbrauchern als Kunden von Waren und Dienstleistungen
17 jeglicher Art. Gerade vor dem Hintergrund globalisierter Märkte und
18 neuer Vertriebswege wie Teleshopping und Internet müssen wir die
19 Information und die Kompetenz der Verbraucherinnen und Verbraucher
20 verbessern.

21

22 Verbraucherrechte dürfen nicht nur auf dem Papier stehen. Sie müssen
23 tagtäglich durchgesetzt werden. Ein Schwerpunkt sozialdemokratischer
24 Arbeit für Verbraucherinnen und Verbraucher ist es deshalb, Verfahren
25 und Organisationen zu stärken, damit Verbraucher zu ihrem Recht
26 kommen. Verbraucherrechte müssen einfach und klar definiert werden,
27 möglichst ohne Ausnahmen und Sonderregelungen. Die Verbraucher
28 sollen sich mit Grundwissen und gesundem Menschenverstand im
29 Geschäftsleben bewegen können, auch ohne ein Jurastudium oder
30 ständige Rechtsberatung. Es müssen flächendeckend private und
31 öffentliche Stellen vorhanden und in der Lage sein, die Verbraucher bei
32 der Durchsetzung ihrer Rechte zu unterstützen. Der Zugang zu diesen
33 Stellen muss einfach sein. Wir kämpfen für eine verlässliche
34 Finanzierung und den flächendeckenden Ausbau der unabhängigen

1 Verbraucherberatung in den Verbraucherzentralen, die oft die erste und
2 einzige Anlaufstelle für Fragen und Beschwerden sind. Darüber hinaus
3 soll es unabhängige und für Verbraucher kostenlose
4 Schlichtungsstellen zum Beispiel für die Bereiche Fahrgastrechte,
5 Versicherungen oder E-Commerce-Unternehmen geben, die im
6 Streitfall schnell und unbürokratisch helfen.

7

8 Moderne Verbraucherpolitik muss besonderes Augenmerk auf Kinder
9 und Jugendliche legen, denn hier offenbart sich ein extremes
10 Ungleichgewicht der Kräfte. Wirtschaftliche Interessen müssen dem
11 besonderen Schutzbedürfnis von Kindern und Jugendlichen
12 untergeordnet werden. Ihre Gesundheit beeinflusst maßgeblich ihre
13 Startchancen ins Leben. Hier muss das Vorsorgeprinzip bedingungslos
14 gelten.

15

16 Bisher verschließt sich die Konsumwelt weitgehend den Bedürfnissen
17 vieler älterer Menschen und nimmt sie lediglich als sehr
18 zahlungskräftige Gruppe mit entsprechenden Luxusangeboten in den
19 Blick. Gleichzeitig hat sich eine Form der Altersdiskriminierung und
20 Ausgrenzung in unserer Gesellschaft breit gemacht, beispielsweise bei
21 der Bewertung der Kreditwürdigkeit oder bei der Leserlichkeit des
22 „Kleingedruckten“ auf der Verpackung. Dies ist für uns inakzeptabel!
23 Ältere Menschen brauchen mehr Hilfestellung im Umgang mit den für
24 sie teilweise neuen Gepflogenheiten im Geschäftsverkehr. Sie müssen
25 die Möglichkeit bekommen, diesen Wandel zu bewältigen und in den
26 Genuss von Vorteilen, wie günstiger Internetangebote, zu gelangen.

27

28 Wenn circa 80 Prozent der Verbraucher Gentechnik in Lebensmitteln
29 ablehnen, ist dies ein klares Votum. Wir in der SPD nehmen diese
30 Ängste und Bedenken der Menschen im Umgang mit gentechnisch
31 veränderten Organismen ernst. Mit der Einführung der neuen „Ohne
32 Gentechnik“-Kennzeichnung auf der Bundesebene hat die SPD echte
33 Wahlfreiheit geschaffen. Verbraucher und Verbraucherinnen können
34 nun gezielt nachfragen und die gentechnikfreie Wirtschaft unterstützen.

1 Wir wollen auch eine Änderung des europäischen Rechts, damit die
2 verbindliche Einrichtung gentechnikfreier Regionen möglich wird.

3

4 Wir wollen den Verbraucherschutz so gestalten, dass

- 5 • nachhaltig produzierte Waren und Dienstleistungen zu einer
- 6 höheren Lebensqualität der Verbraucherinnen und Verbraucher
- 7 beitragen,
- 8 • gesundheitliche und materielle Risiken verringert werden,
- 9 • gesellschaftliche Teilhabe auch im Konsum gesichert wird,
- 10 • die Menschen die Befähigung erlangen, planvoll mit Geld
- 11 umgehen zu können,
- 12 • der fairer Zugang zur unabhängigen Beratung gesichert ist,
- 13 • Daten der Verbraucher stärker geschützt werden,
- 14 • faire Zugangschancen zu den Märkten öffentlicher Güter
- 15 bestehen,
- 16 • mehr Arbeitsplätze zu sozial und ökologisch verträglichen
- 17 Bedingungen entstehen.

18

19 **Verkehrspolitik**

20

21 Mobilität ist essenziell für jeden Menschen. Die Verkehrspolitik ist eine
22 Querschnittsaufgabe. Die Bereiche Arbeit, Wirtschaft, Umwelt und
23 Soziales sind gleichermaßen von verkehrspolitischen Fragestellungen
24 betroffen.

25

26 Verkehrswege sichern das Zusammenleben der Menschen und sind die
27 Lebensadern unserer Wirtschaft. Kein Bundesland ist so vom
28 Funktionieren der verkehrlichen Infrastruktur abhängig, wie Nordrhein-
29 Westfalen. Insbesondere dann, wenn der Verkehr gestört ist, merken
30 wir, wie notwendig eine gut ausgebaute funktionierende
31 Verkehrsinfrastruktur ist.

32

33 Staus verursachen in der Bundesrepublik Deutschland jährlich direkte
34 und indirekte Kosten von 25 bis 100 Milliarden Euro. Staus sind

1 volkswirtschaftlich schädlich, sie nerven und gefährden
2 Verkehrsteilnehmer und die Umwelt.

3

4 Ein Umsteuern ist nötig. Man muss das Umsteuern wollen. Das heißt:
5 Konsequente Verkehrsverlagerung von der Straße auf die Schiene und
6 die Wasserstraße. Dies betrifft gleichermaßen den Personenverkehr
7 wie den Frachtverkehr.

8

9 Dabei wissen wir angesichts von prognostizierten
10 Verkehrssteigerungen für den Zeitraum 2005 bis 2025 von 75 Prozent
11 um die Begrenztheit der Kapazitäten auf allen Verkehrsträgern. Umso
12 nötiger ist die effiziente Nutzung der Möglichkeiten aller Verkehrsträger.
13 Die Wasserstraße bietet die meisten Kapazitäten, ihr folgt die Schiene.
14 Besonders im westlichen Teil unseres Landes und im Ruhrgebiet haben
15 wir die Belastungsgrenze der Straße längst überschritten.

16

17 Wir werden Straßen nur dort ausbauen, wo sie sinnvoll sind.
18 Ortsumgehungen, Lückenschlüsse und der Ausbau von Autobahnen
19 können zur Verkehrsvermeidung und Entlastung von Anwohnern
20 beitragen.

21

22 Den Radverkehr wollen wir fördern. Er soll eine echte Alternative zum
23 Auto nicht nur in der Freizeit, sondern auch im Berufsverkehr werden.
24 Die Radverkehrspolitik der Stadt Münster kann als Vorbild auch für
25 andere Städte in unserem Land dienen. Wir wollen ein
26 Radverkehrsnetz NRW das gleichermaßen beruflichen, touristischen
27 und sportlichen Anforderungen gerecht wird.

28

29 Wir werden die Forschung und Einführung von alternativen Antrieben
30 und alternativen Treibstoffen unterstützen. Eine starke Rolle wird dabei
31 die Elektromobilität spielen. Die benötigte Energie dafür soll aus
32 erneuerbaren Quellen stammen.

33

1 Wir brauchen einen attraktiven öffentlichen Personennahverkehr. Busse
2 und Bahnen müssen pünktlich, sauber und sicher sein. Unsere
3 Einwohner müssen diese gerne benutzen wollen und als echte
4 Alternative zum PKW begreifen.

5

6 Jeder, der Busse und Bahnen nutzt, hilft damit der Umwelt. Verglichen
7 mit einem PKW-Fahrer verursacht der Nutzer von Bussen und Bahnen
8 weniger volkswirtschaftliche Kosten.

9

10 Die Kürzungen der schwarz-gelben Landesregierung bei Bussen und
11 Bahnen werden wir zurücknehmen. Anfangen werden wir mit der
12 Heraufsetzung der so genannten Schülerbeförderungstage, die für die
13 Aufrechterhaltung des Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV)
14 insbesondere in ländlichen Gebieten wichtig ist.

15

16 Wir werden die Einführung einer Landesgesellschaft Öffentlicher
17 Personennahverkehr prüfen. Diese könnte die Interessen der
18 regionalen Verkehrsverbände bündeln, um gegenüber externen
19 Verhandlungspartnern wie der Deutschen Bahn stärker auftreten zu
20 können.

21

22 Mobilität ist ein Grundrecht. Deshalb werden wir, wie schon bisher, die
23 Einführung von Sozialtickets unterstützen.

24

25 Wir wollen den Güterverkehr auf der Wasserstraße stärken. Dafür
26 brauchen wir mit Unterstützung des Bundes einen Ausbau unseres
27 Kanalnetzes. Wir setzen uns für eine Novellierung des
28 Hafensicherheitsgesetzes auf Landesebene ein. Die von schwarz-gelb
29 beabsichtigte Verlagerung von hoheitsrechtlichen Sicherheitsaufgaben
30 auf private und öffentliche Hafeneigentümer und -betreiber wurde von
31 uns abgewendet. Wir brauchen wettbewerbsfähige Binnenhäfen und
32 dürfen sie nicht schädigen. Kommunen sind aufgefordert, nicht
33 leichtfertig Hafengebiete in Wohngebiete umzuwandeln.

34

1 Den Dreiklang von Wasserstraße, Schiene und Straße wollen wir
2 fördern.

3

4 Rotterdam ist faktisch der Seehafen Nordrhein-Westfalens. Daher ist
5 ein Ausbau der Betuwe-Linie dringend nötig. Durch den Bau des dritten
6 Gleises wird die Wettbewerbsfähigkeit der NRW-Wirtschaft gestärkt.
7 Gleichzeitig wird so erst die Beseitigung von schienengleichen
8 Bahnübergängen durch den Bau von Unter- und Überführungen sowie
9 von Lärmschutz für die anwohnende Bevölkerung ermöglicht. Wir
10 setzen uns für die weitestgehenden Sicherheitsstandards ein.

11

12 Um einer einseitigen Abhängigkeit durch den Rotterdamer Hafen zu
13 entgehen und weil der Antwerpener Hafen ein besonders wichtiger ist,
14 brauchen wir eine leistungsfähige Schienenverkehrsverbindung von
15 Antwerpen nach NRW. Diese muss zweigleisig und elektrifiziert sein, da
16 nur so Kapazitäten geschaffen werden, die weiteren LKW-Verkehr
17 vermeiden helfen. Am ehesten scheint dies eine Schienenverbindung
18 entlang der A 52 zu gewährleisten. Dieser Meinung sind alle vier
19 Fraktionen des Landtags von Nordrhein-Westfalen. Der
20 Bundesverkehrsminister ist nun aufgefordert, den erklärten Willen des
21 Parlaments in die Verhandlungen mit den Königreichen Belgien und
22 Niederlande einzubringen. Die Interessen der Anwohner sind durch die
23 Beseitigung von schienengleichen Bahnübergängen und Lärmschutz zu
24 gewährleisten. Ebenfalls ist zu prüfen, ob die Strecke auch für den
25 Personenverkehr genutzt werden kann.

26

27 Einen Börsengang der Deutschen Bahn AG lehnen wir ab.

28

29 Luftverkehr

30 Noch immer gilt das Luftverkehrskonzept 2010, das unter der SPD-
31 geführten Landesregierung ausgearbeitet worden war, unverändert.
32 Eine Aktualisierung ist geboten. Fluggäste, Beschäftigte, Anwohner und
33 Investoren müssen wissen, wohin die Reise in der Luftverkehrspolitik
34 geht. Sie brauchen verlässliche Rahmenbedingungen. Wir werden das

1 Luftverkehrskonzept 2010 im Dialog mit allen Beteiligten überarbeiten
2 und weiterentwickeln. Der Grundgedanke des dezentralen Luftverkehrs
3 für NRW ist und bleibt richtig. Einen Mega-Großflughafen auf der
4 grünen Wiese lehnen wir ab. Es wird keine Direktsubventionen für
5 Flughäfen geben. Nachtflug wird es auch weiterhin nur am Flughafen
6 Köln-Bonn geben. Angestrebt wird, dass der Nachtflug lediglich für
7 Frachtflüge gestattet wird, für Passagierflüge jedoch nicht mehr
8 zulässig sein soll.

9

10 Wir wollen Innovationen im Verkehrsbereich voranbringen. Dazu
11 gehört, dass wir offen auch für ungewöhnliche Lösungen sein wollen.
12 Dies schließt beispielsweise die Überprüfung von "Cargo-Cap" und
13 anderer Versuchsreihen auf Alltagstauglichkeit ein.

14

1 **V. Solidarische Gesellschaft**

2

3 Niemand, der mit offenen Augen durch NRW geht, kann es übersehen:
4 Die soziale Not in unserem Land hat deutlich zugenommen, die Armut
5 wächst. In NRW ist inzwischen jeder Vierte armutsgefährdet. Es macht
6 uns Sorge, dass der Bedarf an Tafeln, Suppenküchen und
7 Sozialkaufhäusern in den vergangenen Jahren immer größer geworden
8 ist. Diese bedrückende Entwicklung lässt uns nicht ruhen. Unser Dank
9 gilt den vielen Helferinnen und Helfern bei den Kirchen,
10 Sozialverbänden und privaten Initiativen wie den Tafeln. Soziale
11 Gerechtigkeit und Solidarität sind Richtschnur und Maxime unseres
12 politischen Handelns. Wir handeln umfassend, um Armut in NRW
13 nachhaltig zu bekämpfen. Dazu brauchen wir ein gezieltes
14 Zusammenwirken von Arbeitsmarkt-, Bildungs-, Gesundheits- und
15 Familienpolitik.

16

17 **Familie ist da, wo Kinder sind**

18

19 Wir müssen Kinder stark machen, ganz egal ob sie von beiden
20 Elternteilen, von nur einem Elternteil oder in anderen
21 Lebenszusammenhängen betreut werden. Dabei gilt insbesondere:
22 Kinder dürfen kein Armutsrisiko sein. Die Förderung der Familien durch
23 den Staat muss den notwendigen sozialen Ausgleich schaffen. In der
24 Vergangenheit ist Familienförderung fast ausschließlich fiskalisch über
25 Kindergeld und Steuerfreibeträge geschehen. Statt in gute Bildungs-
26 und Betreuungsangebote zu investieren, wurde das Geld vor allem an
27 die Eltern verteilt. Heute müssen wir erkennen, dass dieses System, vor
28 allem in Bezug auf die Bildung, Gewinner und Verlierer geschaffen hat.
29 Nicht alle Kinder haben zuhause die notwendige Unterstützung
30 bekommen. Wer Familienförderung weiterhin ausschließlich fiskalisch
31 betrachtet, versündigt sich an künftigen Generationen.

32

33 Wir werden an die Bildungsfragen anders als bisher herangehen und
34 die Bereiche Soziales, Jugend, Bildung und Familie so

1 zusammenführen, dass sie individuelle und maßgeschneiderte
2 Lösungen für Kinder und Jugendliche ermöglichen. Eine besondere
3 Bedeutung haben dabei die Kommunen, die sich zu kommunalen
4 Verantwortungsgemeinschaften für Kinder und Jugendliche entwickeln
5 müssen. Dafür benötigen sie die entsprechenden finanziellen
6 Spielräume.

7

8 **Kinderarmut überwinden**

9

10 Wir müssen zur Kenntnis nehmen, dass heute fast jedes vierte Kind
11 arm ist, weil die Familie von Sozialtransfers abhängt. Das Problem der
12 Kinderarmut ist nur zu lösen, wenn es gelingt, die Elternarmut zu
13 bekämpfen. Deshalb werden wir so viele Eltern wie möglich in die Lage
14 versetzen, den Lebensunterhalt mit eigener Erwerbsarbeit zu
15 bestreiten.

16

17 Unter einer sozialdemokratischen Landesregierung werden wir zügig
18 gemeinsam mit den Kirchen und Wohlfahrtsverbänden ein
19 Maßnahmenprogramm erarbeiten, um Kinder aus einkommens-
20 schwachen Familien besonders zu unterstützen.

21

22 Um allen Kindern ein Aufwachsen im Wohlergehen zu ermöglichen,
23 setzen wir uns für eine eigenständige und bedingungslose
24 Kindergrundsicherung ein, die sich an altersspezifischen Bedarfen
25 orientiert. Diese muss zwei Elemente absichern: Das sächliche
26 Existenzminimum sowie die Aufwendungen für Bildung, Betreuung und
27 Erziehung.

28 Dabei muss sichergestellt werden, dass die Grundsicherung in vollem
29 Umfang allen Kindern zur Verfügung steht und in der Summe nicht zu
30 Verlusten für die Familien führen darf. Darüber hinaus setzen wir uns
31 für die Wiederaufnahme einmaliger Beihilfen für Kinder ins
32 Sozialgesetzbuch ein.

1 Der Schlüssel zur langfristigen Bekämpfung von Kinderarmut liegt aber
2 in einer anderen Bildungspolitik. Statt wie bisher auf direkte
3 Geldleistungen an die Familien zu setzen, gilt es Familien zielgenau zu
4 unterstützen. Dazu gehört für uns das flächendeckende Angebot von
5 Betreuungsplätzen für unter Dreijährige sowie ein gebührenfreies
6 Bildungssystem von der Kindertagesstätte bis zur Universität. Allein
7 diese Gebührenfreiheit ermöglicht es allen Kindern, unabhängig vom
8 Geldbeutel der Eltern, am Bildungssystem teilzuhaben. Daneben
9 gewährleistet sie, dass Leistungen zielgenau bei den Kindern
10 ankommen.

11

12 **Generationensolidarität stärken. Demografischen Wandel** 13 **gestalten**

14

15 Wir sehen den demografischen Wandel als eine zentrale
16 Gestaltungsaufgabe, die alle gesellschaftlichen Bereiche durchdringt
17 und Querschnittsaufgabe aller Ressorts und aller staatlichen Ebenen
18 werden muss.

19

20 Der demografische Wandel birgt für die Zukunftsperspektiven
21 Nordrhein-Westfalens Risiken und Chancen. Grundsätzlich gilt: Nicht
22 das Altern und der Rückgang der Zahl der Bevölkerung sind die
23 Probleme. Es kommt darauf an, die ökonomischen, sozialen und
24 politischen Voraussetzungen zu schaffen, um diese Umbrüche
25 erfolgreich zu gestalten sind. Daher ist auch nicht das zahlenmäßige
26 Verhältnis zwischen Jung und Alt die entscheidende Größe für die
27 Finanzierung des Sozialstaats, sondern die wirtschaftliche
28 Leistungsfähigkeit einer Gesellschaft: Eine immer größere
29 nichterwerbstätige Bevölkerung kann von einer immer kleineren Gruppe
30 von Erwerbstätigen in dem Maße mitversorgt werden, in dem die
31 Produktivität steigt. Mehr Senioren und weniger Kinder führen nicht
32 zwangsläufig zu weniger Wohlstand. Daher konnte auch in der
33 Vergangenheit der demografische Wandel bei steigendem Wohlstand
34 und dem Ausbau des Sozialstaats bewältigt werden.

1 Wir werden den demografischen Wandel sozial gerecht gestalten.
2 Dabei orientieren wir uns an folgenden Leitsätzen:

3

- 4 • Die Menschenwürde älterer Menschen ist in jeder Lebensphase zu
5 wahren.
- 6 • Seniorinnen und Senioren müssen selbstbestimmt am
7 gesellschaftlichen Leben teilhaben können.
- 8 • Soziale Sicherheit im Alter ist die Basis für ein selbstbestimmtes
9 Leben.
- 10 • Diskriminierungen wegen Alters sind zu überwinden.

11

12 Ältere Menschen – vor allem aber nicht nur – mit sozialen
13 Benachteiligungen bedürfen spezifischer Maßnahmen, wie z.B. in der
14 Weiterbildung, um ihre volle Integration in die Gesellschaft zu
15 gewährleisten.

16

17 Wir werden dafür sorgen, dass alle Menschen im Alter menschenwürdig
18 leben können. Dies schließt die finanziellen Möglichkeiten zur Führung
19 eines eigenständigen Haushaltes ebenso ein wie die Mittel zur Teilhabe
20 am sozialen und kulturellen Leben. Das beitragsfinanzierte Renten-
21 system muss den gerechtfertigten Anspruch einlösen, für
22 jahrzehntelange Beitragszahlungen ein Rentenniveau zu garantieren,
23 das über dem Existenzminimum liegt und den bisherigen
24 Lebensstandard sichert.

25

26 Eine zukunftsorientierte Seniorenpolitik geht von differenzierten
27 Altersbildern aus. Es lassen sich zwei Grundtendenzen beschreiben:
28 Die „jungen Alten“, die ihre Erwerbsphase gerade abgeschlossen
29 haben, gesund und mobil sind; die „alten Alten“, die oft Hochaltrigen
30 und körperlich Eingeschränkten.

31

32 Viele ältere Menschen leben auf dem Land und wollen in ihrer
33 dörflichen Gemeinschaft bleiben. Kinder und andere
34 Familienangehörige leben oft nicht mehr am gleichen Ort.

1 Einkaufsmöglichkeiten, Ärzte, soziale und kulturelle Einrichtungen sind
2 weit weg. Wohnqualität und Mobilitätsangebote hängen eng
3 zusammen.

4

5 Eine besondere Rolle spielt der soziale Wohnungsbau. Dieser versetzt
6 die Kommunen in die Lage, selbst auf die Herausforderungen des
7 demographischen Wandels zu reagieren und nachgefragten Wohnraum
8 auch anzubieten. Er muss weiterhin gefördert und vor Privatisierung
9 geschützt werden.

10

11 Von besonderer Bedeutung sind Angebote alternativer Wohnformen in
12 schon bestehenden kommunalen Wohnquartieren. Existierende soziale
13 Netzwerke und infrastrukturelle Voraussetzungen stellen die Kontinuität
14 von Lebensbezügen für die Menschen sicher und ermöglichen ihnen
15 den Verbleib im vertrauten Umfeld auch bei hohem
16 Unterstützungsbedarf.

17

18 Bei vielen Älteren ergibt sich nach einem langen und gesunden Leben
19 eine letzte Lebensphase, in der Versorgung und Betreuung wichtiger
20 werden. Sozialdemokratische Politik sorgt dafür, dass es ausreichend
21 Kapazitäten für die Pflege gibt. Dazu gehört, den Beruf der
22 Altenpflegerin und den Altenpflegers attraktiver zu gestalten und vor
23 allem jene Formen der ambulanten Pflege besonders zu fördern, die ein
24 selbstbestimmtes Leben in der eigenen Wohnung oder im familiären
25 Umfeld möglich machen, wie es sich die große Mehrheit der Menschen
26 wünscht.

27

28 Der Anteil der Migrantinnen und Migranten, die auch im Alter hier leben,
29 steigt ständig. Sie haben einerseits spezifische Probleme; andererseits
30 treffen sie bestimmte Benachteiligungen im Alter stärker als die
31 gleichaltrige Gruppe der Einheimischen. Um auf die individuellen
32 Bedürfnisse der Menschen in jeder Lebensphase besser eingehen zu
33 können, muss Kultursensibilität als Leitgedanke in allen Planungen

1 einbezogen werden. Besondere Kompetenzen zur gegenseitigen
2 Unterstützung und Hilfe müssen stärker genutzt und begleitet werden.

3

4 Das Wohnen im Quartier, im Stadtteil, im Dorf, wird mit steigendem
5 Lebensalter zum Mittelpunkt des Alltags. Nicht zuletzt die Teilhabe und
6 Mitgestaltung der Bewohnergruppen an der Sozialraumgestaltung ist
7 von besonderer Bedeutung. Das bürgerschaftliche Engagement älterer
8 Menschen steigt stetig. Eine wichtige Rolle spielen hierbei die
9 Wohlfahrtsverbände und die Seniorenvertretungen in den Städten. Im
10 Quartier kann auch sichergestellt werden (z.B. über
11 Quartiersmanager/innen), dass Informations-, Beratungs- und
12 Hilfsangebote auch tatsächlich bei den Betroffenen ankommen.
13 Niedrigschwellige Angebote und die Unterstützung ehrenamtlicher Hilfe
14 können so besser organisiert werden.

15

16 **Das solidarische Gesundheitswesen sichern**

17

18 Unser Ziel ist eine sichere, bezahlbare und zuverlässige
19 Gesundheitsversorgung für alle Bürgerinnen und Bürger in Nordrhein-
20 Westfalen – unabhängig von sozialem Status, Alter, Herkunft und
21 Geschlecht. Niemandem darf eine erforderliche Behandlung oder
22 Pflege versagt bleiben, weil er die entstehenden Kosten nicht tragen
23 kann. Wir stehen für ein solidarisches Gesundheitswesen. Die
24 gesetzliche Krankenversicherung ist dafür die tragende Säule, die
25 Umlagefinanzierung ist ein krisenfester Stabilisierungsfaktor bei der
26 Finanzierung. Wir wollen sie zu einer Bürgerversicherung weiter
27 entwickeln.

28

29 Wir wollen auch weiterhin eine flächendeckende, bedarfsgerechte und
30 für jeden ohne Hürden zugängliche medizinische Versorgung
31 sicherstellen. Dazu nehmen wir alle Verantwortlichen in die Pflicht:
32 Krankenkassen, Ärzte und ihre Organisationen, alle anderen Medizin-
33 und Pflegeberufe, Krankenhäuser, die Träger von Pflegestationen und

1 –heimen, die Landschaftsverbände, Apotheker, die Pharma- und
2 Gerätebranche und auch Bund, Länder und Gemeinden.

3

4 Auch in den ländlichen Regionen muss die Basisversorgung durch
5 Hausärzte und Krankenhäuser gesichert sein. Wir sorgen dafür, dass
6 die Krankenhausplanung in der Verantwortung des Landes bleibt und
7 nicht zum Freibrief für Gewinnorientierung wird. Nur so bleibt der
8 öffentlich-rechtliche Versorgungsauftrag gesichert.

9

10 Wir werden die Patientenrechte weiter stärken und durch ein
11 unabhängiges Beratungsangebot für die betroffenen Personen
12 transparenter machen.

13

14 Wir werden Prävention und Gesundheitsförderung stärken. Das beginnt
15 für uns frühzeitig in den Familien, den Kindertagesstätten und Schulen,
16 setzt sich aber auch im Wohnumfeld und am Arbeitsplatz fort.

17

18 Suchtverhalten bedroht die Gesundheit und vielfach auch das Leben
19 von Menschen, gefährdet den gesellschaftlichen Zusammenhalt und
20 belastet die Volkswirtschaft. Die Gefährlichkeit einer Droge hängt nicht
21 davon ab, wie sie strafrechtlich einzuordnen ist, sondern vom Ausmaß
22 des Missbrauchs und dem Grad der Abhängigkeit. Unsere Drogen- und
23 Suchtpolitik bezieht ausdrücklich legale Suchtstoffe wie Alkohol, Tabak
24 und Medikamente sowie Spiel- und Internetsucht mit ein. Wir verfolgen
25 einen Ansatz, der Vorbeugung, Behandlung und rechtliche Fragen
26 einschließt. Sucht ist eine Krankheit und kein Straftatbestand.

27

28 Wir wollen schon unsere Kinder so stark machen, dass sie der Flucht in
29 Suchtverhalten nicht zum Opfer fallen. Wir haben erreicht, dass die
30 Verantwortlichen der Suchthilfe gut miteinander vernetzt sind. Die freie
31 Wohlfahrtspflege hat ein nahezu flächendeckendes Hilffsystem für
32 Menschen aufgebaut, die von Sucht betroffen sind. Aber seit 2007
33 werden die Landesmittel im Bereich der Suchtbekämpfung pauschal
34 den Kommunen zugewiesen, ohne dass Schwerpunkte vereinbart

1 wurden. Das Land hat sich damit aus der Weiterentwicklung der
2 Drogen- und Suchtpolitik verabschiedet. Eine von der SPD geführte
3 Landesregierung wird dafür sorgen, dass gut arbeitende Netze erhalten
4 bleiben, Ziele definiert und trotz enger finanzieller Ressourcen neue
5 Angebote entwickelt werden können.

6

7 Wir stärken den Nichtraucherchutz und werden ein einheitliches
8 Rauchverbot für alle Gaststätten, öffentliche Gebäude und solche mit
9 öffentlichem Zugang durchsetzen.

10

11 Psychische Erkrankungen nehmen in unserer Gesellschaft zu.
12 Trotzdem werden sie vielfach tabuisiert. Nach einer Studie des Robert-
13 Koch-Instituts zeigt jedes fünfte Kind psychische Auffälligkeiten, jedes
14 zehnte Kind ist aufgrund von Ängsten, Depressionen, ADHS oder
15 Störungen des Sozialverhaltens behandlungsbedürftig. Die
16 Unterversorgung in der Kinder- und Jugendpsychiatrie ist alarmierend.
17 Nur ein Zehntel der behandlungsbedürftigen Kinder ist angemessen
18 versorgt, in vielen Regionen gibt es Wartezeiten bis zu einem halben
19 Jahr. Wir werden hier sofort und entschlossen handeln.

20

21 Das Thema HIV/AIDS hat wieder an Bedeutung und Aktualität
22 zugenommen. Wir werden Organisationen finanziell fördern, die im
23 Bereich der Beratung, Begleitung und personalkommunikativen
24 Prävention unverzichtbar sind. Prävention ist und bleibt die einzige
25 wirksame Maßnahme zur Verhinderung weiterer Ansteckungen mit HIV.
26 Wir wirken jeder Diskriminierung und Ausgrenzung von Infizierten und
27 Erkrankten entgegen.

28

29 Die Gesundheitswirtschaft ist schon heute die beschäftigungsstärkste
30 Branche in Deutschland. Medizinischer Fortschritt, die Anforderungen
31 einer älter werdenden Gesellschaft und ein verstärktes
32 Gesundheitsbewusstsein in weiten Teilen der Gesellschaft sorgen
33 dafür, dass die Branche auch in Zukunft wachsen wird. Wir werden
34 wichtige Weichenstellungen vornehmen, damit dieses Wachstum

1 nachhaltig ist. Dazu gehört, jetzt innovative Konzepte umzusetzen und
2 für genügend qualifiziertes Personal zu sorgen. Die heutige sektorale
3 und durch Budgets noch verfestigte Abschottung der verschiedenen
4 Versorgungsbereiche steht einer Weiterentwicklung im Wege.

5

6 Gute Arbeitsbedingungen, faire Löhne und die Vereinbarkeit von
7 Familie und Beruf haben für uns auch im Gesundheitswesen einen
8 hohen Stellenwert. Gerade für den wichtigen Dienst am Menschen
9 muss ein auskömmliches Einkommen selbstverständlich sein. Wir
10 brauchen gesetzliche Vorgaben, die regeln, dass aus Sozialbeiträgen
11 finanzierte Arbeitsplätze grundsätzlich sozialversicherungspflichtig und
12 tarifgebunden sein müssen.

13

14 **Politik für Menschen mit Behinderung**

15

16 Menschen sind verschieden, das macht unsere Gesellschaft reicher.
17 Rund zehn Prozent der Bevölkerung haben eine Behinderung, die
18 wenigsten von ihnen von Geburt an. Jeder kann jederzeit von
19 Behinderung selbst oder im engsten Umfeld betroffen sein. Es ist die
20 zentrale Aufgabe des Sozialstaats, die Nachteile, die Menschen mit
21 Behinderungen entstehen, auszugleichen und ihre Teilhabe am
22 gesellschaftlichen, am kulturellen und am Arbeitsleben zu
23 gewährleisten.

24

25 Dafür bedarf es besserer gesetzlicher Rahmenbedingungen. Was heute
26 unnötig getrennt wird, kann morgen nur schwer wieder zusammen
27 gefügt werden. Wir wollen so viele Menschen mit Behinderungen wie
28 nur möglich in Regel-Kindergärten, Schulen, Universitäten und
29 Betrieben ausbilden und beschäftigen, statt zu viele von ihnen in
30 speziellen Kindergärten, Förderschulen und Werkstätten für behinderte
31 Menschen.

32 Gestärkt werden müssen diese Einrichtungen für Menschen mit
33 schweren und schwersten Behinderungen, bei denen eine Förderung
34 im regulären Schulbetrieb oder die Eingliederung in den allgemeinen

1 Arbeitsmarkt nur sehr schwer möglich ist. Wir müssen soweit wie
2 möglich weg vom Fürsorgeprinzip, hin zum Grundsatz der
3 Selbstbestimmung und gleichberechtigten Teilhabe.

4

5 **Gleichberechtigt leben**

6

7 Unser Ziel ist ein selbstbestimmtes und partnerschaftliches Miteinander
8 von Frauen und Männern in allen Lebensbereichen. Frauenpolitik ist
9 eine Querschnittsaufgabe in allen Politikbereichen und notwendige
10 Voraussetzung für eine positive Entwicklung unserer Gesellschaft. Wir
11 brauchen mehr Frauen in Führungspositionen. Das schließt die
12 Besetzung von mindestens 40% aller Aufsichtsratsmandate durch
13 Frauen ein. Wir müssen für alle Frauen den Grundsatz gleicher Lohn
14 für gleiche Arbeit durchsetzen.

15

16 Familie ist für uns dort, wo Kinder sind, wo Generationen und
17 Lebenspartner Verantwortung füreinander übernehmen. Menschen mit
18 gleichgeschlechtlicher Orientierung warten weiter auf eine
19 Gleichbehandlung vor dem Gesetz. Wir wollen das uneingeschränkte
20 Adoptionsrecht für eingetragene Lebenspartnerschaften. Der Abbau
21 von Diskriminierung wird in der neuen Landesregierung eine
22 Querschnittsaufgabe mit besonderer personeller Zuständigkeit sein.

23

24 Wir stehen für ein offenes und tolerantes Klima in unserer Gesellschaft,
25 indem Menschen unabhängig von ihrer sexuellen Identität ihr Leben
26 gestalten können. Auch Lesben und Schwule werden älter. Deshalb
27 unterstützen wir Wohnmodelle und Pflegeeinrichtungen, die den
28 Bedürfnissen von älteren Frauen und Männern entsprechen, die offen
29 mit ihrer Homosexualität umgehen wollen.

30

31 Besonders in der Bildung, vom Kindergarten bis zur Schule und
32 Ausbildung, fordern wir einen Bildungsansatz, der die Normalität und
33 die Vielfalt des Zusammenlebens vermittelt - einen
34 diskriminierungsfreien Raum für Lehrende und Lernende. Zudem gilt es

1 Beratungsangebote und Präventionsarbeit zu stärken, die sich gegen
2 Gewalt und Intoleranz richten, etwa im Sportverein.

3

4 **Integration voranbringen**

5

6 Gelungene Integration ist die gleichberechtigte Teilhabe aller an Arbeit
7 und Bildung, beim Wohnen und im gesellschaftlichen Leben. Sie
8 verlangt im täglichen Leben eine Kultur der Anerkennung des gleichen
9 Wertes aller Menschen unabhängig von ihrer besonderen religiösen
10 oder kulturellen Identität. Wir werden sie fördern.

11

12 Unsere Integrationspolitik basiert auf den drei Grundpfeilern soziale
13 Chancengerechtigkeit, kulturelle Anerkennung und politische
14 Partizipation. Wir wollen, dass alle aktiv am gesellschaftlichen Leben
15 teilnehmen können.

16

17 Insbesondere die Schaffung gleicher Bildungschancen ist der Schlüssel
18 zur erfolgreichen Integration. Dazu ist die Beherrschung der deutschen
19 Sprache zentral. Wir werden alle Anstrengungen unternehmen, damit
20 alle Kinder bei der Einschulung die deutsche Sprache beherrschen. Es
21 gilt aber auch die Chancen, die das Beherrschen der eigenen
22 Muttersprache bietet, wahrzunehmen.

23

24 Chancengleichheit bedeutet auch Rechtssicherheit. Wir wollen die
25 unselige Praxis der Kettenduldungen endlich beenden. Flüchtlinge, die
26 sich seit Jahren in Deutschland aufhalten und integriert haben, sollen
27 ein Aufenthaltsrecht erhalten.

28

29 Die Anerkennung der kulturellen Eigenheiten festigt nicht nur das
30 Selbstwertgefühl der Migrantinnen und Migranten. Die vielfältigen
31 kulturellen Erfahrungen bereichern zudem unsere Gesellschaft und
32 bieten in der globalisierten Welt einen Erfahrungsschatz, der für die
33 gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklung von unschätzbarem
34 Wert ist.

1

2 Wir unterstützen die freie Religionsausübung, die unser Grundgesetz
3 garantiert. Dazu gehört für uns auch das Recht, eigene Gotteshäuser
4 zu errichten. Wir widersetzen uns den Tendenzen, die dieses
5 berechnete Anliegen für ihre undemokratischen Aktivitäten nutzen.

6

7 Wir wollen Politik gemeinsam gestalten. Dazu ist die politische
8 Partizipation der Menschen mit Migrationshintergrund unabdingbar.
9 Deshalb setzt sich die SPD dafür ein, dass auch Menschen, die nicht
10 aus EU-Ländern kommen, aber seit Jahren in Deutschland leben, das
11 kommunale Wahlrecht erhalten.

12

13 Ausdruck erfolgreicher Integration ist auch, dass die Beschäftigung von
14 Menschen mit Migrationshintergrund im öffentlichen Dienst, z.B. in
15 Schulen, bei der Polizei und Behörden im Allgemeinen zum Normalfall
16 wird. Viele Zugewanderte haben in den vergangenen Jahrzehnten den
17 Schritt in die Selbstständigkeit gewagt und erfolgreiche Unternehmen
18 gegründet. Wir suchen das Gespräch mit Ihnen, auch um gezielt
19 zusätzliche Ausbildungsplätze zu gewinnen.

20

1 **VI. Eine Gemeinsame Kultur**

2

3 **Kulturelle Teilhabe für alle**

4

5 Wir treten ein für die Förderung und die Freiheit von Kunst und Kultur.
6 Kunst und Kultur dürfen kein Luxus für Wenige sein. Wir werden sie für
7 alle Bürgerinnen und Bürger erreichbar und zugänglich halten. Ein
8 breites Kulturangebot macht unser Land lebens- und liebenswert. Das
9 gilt für Highlights in den Zentren genauso wie für Kulturangebote in
10 kleinen Städten oder im ländlichen Raum. Wir brauchen keinen
11 staatlichen Kulturzentrismus. Zu einer weltoffenen, toleranten und
12 friedfertigen Gesellschaft tragen Kultur, Sport und bürgerschaftliches
13 Engagement wesentlich bei.

14

15 Die SPD streitet für eine Stärkung der Kulturpolitik als
16 Gesellschaftspolitik: gerade in Land und Kommune, im
17 Zusammenwirken von Staat, Zivilgesellschaft und Markt, für Kultur als
18 öffentlichem Gut, für geeignete Rahmenbedingungen, damit sich Kunst
19 und Kultur frei entfalten können und dafür, dass kulturelle Bildung, das
20 kulturelle Erbe und die Kunst der Gegenwart allen Menschen
21 zugänglich sind.

22

23 Unser Ziel bleibt es, die sozialen Verhältnisse kultivierter und die
24 kulturellen sozialer zu gestalten. Wir wollen demokratische Kultur und
25 kulturelle Demokratie verwirklichen. Kunst und Kultur stehen im
26 Zentrum sozialdemokratischer Politik!

27

28 In unserer Landesverfassung heißt es: "Kultur, Kunst und Wissenschaft
29 sind durch Land und Gemeinden zu pflegen und zu fördern." Das ist für
30 uns ein hochrangiger Handlungsauftrag. In unserem Land liegt der
31 Schwerpunkt der Kulturförderung in den Städten und Gemeinden und
32 im zivilgesellschaftlichen Engagement. Wir betrachten Kulturpolitik in
33 NRW deshalb auch künftig als eine Gemeinschaftsaufgabe von

1 Kommunen und Land, die in gemeinsamer Verantwortung mit den
2 gesellschaftlichen Kräften wahrgenommen wird.

3

4 Wir haben die Ernennung der Region Ruhr zur Kulturhauptstadt 2010
5 erreicht, ein Projekt, das über seine symbolische Bedeutung für unser
6 Land hinaus, ein Fülle neuer und bleibender kultureller Initiativen
7 schafft.

8

9 Wir packen den "Kultur-Rucksack für jedes Kind". Alle Kinder und
10 Jugendlichen (vom Kindergarten bis zum 16.Lebensjahr) erhalten jedes
11 Kindergarten- bzw. Schuljahr einen kleinen Rucksack, gefüllt mit dem
12 nötigen Kulturproviant, den sie für ein ganzes Jahr brauchen. Er besteht
13 aus altersgemäßen Bildungs- und Kreativitätsangeboten in den Sparten
14 Theater, Tanz, Musik, Bildende Kunst und Literatur. Der Kulturrucksack
15 soll Kinder und Jugendliche so früh wie möglich an kulturelle
16 Einrichtungen, aber auch an eigenes künstlerisches Tun heranführen.

17

18 Wir werden das Freiwillige Soziale Jahr in der Kultur weiter ausbauen
19 und fördern. Für die Jugendlichen soll es ein Bildungs- und
20 Orientierungsjahr sein, in dem sie freiwilliges Engagement mit ihrer
21 persönlichen und beruflichen Weiterbildung verbinden können.

22

23 Wir werden die regionale Kulturpolitik als Gemeinschaftsaufgabe
24 zwischen Land, Kommunen, Regionen, Verbänden, Wirtschaft und
25 Zivilgesellschaft stärken und ihr neue Impulse geben.

26

27 Wir werden die freie Kulturszene und die soziokulturellen Zentren, vor
28 allem auch durch qualifizierte Mitarbeiter, verstärkt fördern.

29

30 **Sicherung der finanziellen Grundlagen**

31

32 Wir stehen für die Sicherung der finanziellen Grundlagen unserer Kultur
33 ein. Auch wenn ökonomische Sekundärbegründungen bei verschärften
34 Verteilungskämpfen verständlich sind, darf Kulturpolitik gerade in der

1 Wirtschaftskrise, die uns die Grenzen marktradikaler Ideologie vor
2 Augen geführt hat, nicht ableiten in betriebswirtschaftliche Argumente
3 und kulturferne Denkmuster.

4

5 Kultur ist geistige Lebensgrundlage der Menschen und öffentliches Gut,
6 die kulturelle Infrastruktur und Förderung, die aktivierende Kulturpolitik
7 ist keine Subvention, sondern Investition in Zukunft und Fortschritt.
8 Gerade die SPD ist der Ansprechpartner, um die Lösung der großen
9 Probleme vieler Kultur- und Medienschaffender und in der
10 Kreativwirtschaft Tätiger voranzubringen: der sozialen Sicherung im
11 flexiblen und oft prekären Leben und unter Soloselbständigkeit; der
12 gerechten Vergütung kreativer Arbeit gerade auch in der digitalen Welt;
13 der Stärkung der einzigartigen Künstlersozialversicherung.

14

15 Auch heute kann nur eine Minderheit der rund 30.000 Künstlerinnen
16 und Künstler allein von ihren kulturellen Tätigkeiten leben. Sie alle
17 verdienen unseren Respekt und unsere Anerkennung. Deshalb hat der
18 Staat nach unserer Auffassung eine besondere Verantwortung für die
19 soziale Absicherung der Künstler. Die Anstrengungen des Landes bei
20 der individuellen Künstlerförderung sind bisher marginal und sind
21 dringend auszubauen.

22

23 Wir werden Aufgaben und Finanzierung der öffentlichen Bibliotheken in
24 einem Bibliotheksgesetz NRW regeln.

25

26 Wegen ihres großen Wachstums- und Beschäftigungspotenzials ist die
27 Kultur- und Kreativwirtschaft für uns Sozialdemokraten eine
28 Schlüsselbranche mit zunehmender Dynamik. Stärker als andere
29 Branchen besteht sie aus vielen Freischaffenden und kleinen
30 Unternehmen, die es im Unterschied zu großen Konzernen viel
31 schwerer haben, ihre Interessen zu vertreten. Auch deshalb wollen wir
32 für die kreativen Milieus in unserem Lande möglichst optimale
33 Rahmenbedingungen schaffen.

34

1 **Eine Kultur der Anerkennung**

2

3 Wir bejahen die kulturelle Vielfalt unserer Gesellschaft und befürworten
4 den Dialog der Kulturen als ein wichtiges Moment sozialer Integration
5 von Menschen unterschiedlicher ethnischer Herkunft, religiöser
6 Überzeugung und kultureller Prägung.

7

8 Wir fördern eine Kultur der Anerkennung für alle, die kulturelle Vielfalt
9 und Pluralismus nicht einschränkt durch missverständliches Gerede
10 über Leitkultur und nationaler Identität. Anerkennung bewährt sich aber
11 erst wirklich in der gleichen Teilhabe von Menschen unterschiedlicher
12 Kultur an den Chancen und Ressourcen unserer Gesellschaft. Davon
13 lässt sich unsere Politik in allen Teilbereichen, besonders der Bildung,
14 leiten lassen.

15

16 Die SPD setzt sich für kulturelle Bildung ein, gerade auch um der
17 kulturellen und sozialen Spaltung entgegenzuwirken. Kulturelle
18 Bildungsangebote sollten pflichtige Aufgaben aller
19 Bildungseinrichtungen und integraler Bestandteil aller Kulturinstitutionen
20 sein.

21

22 **Sport ist Teil unserer Alltagskultur**

23

24 Der Sport ist ein wichtiger Teil unserer Alltagskultur. Er ist eine
25 nachhaltige Integrationskraft unseres gesellschaftlichen Lebens. Er
26 bietet den Menschen exzellente Möglichkeiten, ethnische, kulturelle und
27 soziale Grenzen und Unterschiede zu überwinden. Sport bietet
28 vielfältige Chancen der Identifikation mit dem Heimatland, der
29 Heimatstadt oder der Region. Wir fördern die Selbstständigkeit
30 bürgerschaftlichen Engagements im Sport. Unsere Gesellschaft braucht
31 ehrenamtliches Engagement!

32 „Sport für alle“ ist das Ziel der NRWSPD, ebenso wie vielfältige Sport-
33 und Bewegungsangebote vor Ort und sozialverträgliche Mitglieds- und
34 Nutzungsbeiträge. Wir werden uns für die Schaffung weiterer

1 Sportschulen in NRW einsetzen, in denen talentierte Kinder und
2 Jugendliche mit ihren sportlichen Fähigkeiten besonders gefördert
3 werden und gleichzeitig eine qualifizierte Schulausbildung erhalten. Wir
4 verstehen Sportpolitik als Querschnittsaufgabe, die nur in enger
5 Kooperation mit den Politikbereichen Stadtentwicklung und
6 Arbeitsmarktpolitik, Familienpolitik und Gesundheitsförderung, Kinder-
7 und Jugendpolitik, Bildungspolitik, Schulentwicklung sowie
8 Generationenpolitik weiterentwickelt werden kann. Wir unterstützen den
9 Sport von Kindern und Jugendlichen, da er ihre
10 Persönlichkeitsentwicklung und Gesundheit fördert. Dazu gehört eine
11 ausreichende Zahl von Lehrern im Schulsport, damit Sportunterricht im
12 vorgesehenen Umfang erteilt wird.

13

14 Bei der Förderung des Leistungssports unterstützt die NRWSPD alle
15 Aktivitäten, bei denen besonderer Wert auf Chancengleichheit beim
16 Entdecken von Talenten gelegt wird. Wir treten für einen humanen
17 Leistungssport ein, bei dem Respekt, Toleranz und Unversehrtheit im
18 Vordergrund stehen. Leistungs- und Spitzensportler motivieren viele
19 Menschen, selbst aktiv Sport zu treiben. Dabei stehen wir für einen
20 sauberen Sport und bekämpfen Doping.

21 Internationale sportliche Erfolge, Meisterschafts- und Olympiamedaillen
22 sind Identifikations- und Aushängeschilder und bieten Möglichkeiten für
23 jeden, ein Wir-Gefühl zu entwickeln.

24 Um Talente zur Entfaltung zu bringen benötigen die Athletinnen und
25 Athleten sozial- und strukturell - stabile Lebensbedingungen. Insofern
26 brauchen die Talente die Gesellschaft, und die Gesellschaft braucht die
27 Talente.

28

29 **Medienpolitik für die Demokratie**

30

31 Demokratie braucht starke Medien und das Medienland Nordrhein-
32 Westfalen braucht eine gute Medienpolitik.

33

1 Eine moderne Demokratie kann nicht existieren ohne verantwortliche,
2 der Demokratie verpflichtete Medien. Sie sind für uns Kultur- und
3 Wirtschaftsgut. Deswegen werden wir das duale Rundfunksystem
4 stärken. Das ist wichtig für die öffentlich-rechtlichen und privaten
5 Anbieter in Nordrhein-Westfalen.

6

7 Der öffentlich-rechtliche Rundfunk bleibt gerade in einer immer
8 vielfältiger werdenden Medienlandschaft eine unverzichtbare Säule.
9 Durch medienpolitische Anreize wollen wir die Voraussetzung schaffen,
10 dass auch private Veranstalter ihrer öffentlichen Aufgabe unter
11 schwierigen Rahmenbedingungen gerecht werden können.

12

13 Wir setzen auf die Vielfalt der NRW-Verlage, die längst zu
14 Medienhäusern geworden sind. Sie sind gerade im Lokalen und
15 Regionalen für den Zusammenhalt und den Willensbildungsprozess
16 unverzichtbar. Deswegen wollen wir Chancen eröffnen,
17 Qualitätsjournalismus über alle Verbreitungsformen und -wege zu
18 ermöglichen.

19

20 Dabei werden wir geleitet von der Idee: So viel Vielfalt wie möglich.
21 Zugleich werden wir, in Verantwortung für unsere Demokratie, dort
22 wirksame Maßnahmen ergreifen, wo Vielfalt durch Meinungsmacht
23 gefährdet wird.

24

25 Die Vielfalt des erfolgreichen Lokalfunks in NRW wollen wir auch in der
26 digitalen Welt sichern helfen.

27

28 Im Bereich der Journalistenaus- und -weiterbildung wollen wir verstärkt
29 Akzente setzen. Das ist ein wichtiger Beitrag, Qualitätsjournalismus zu
30 sichern.

31

32

33

34

1 **Digitale Teilhabe und Sicherheit**

2

3 Die Digitalisierung schreitet in allen gesellschaftlichen Bereichen voran
4 und verändert Medien und Mediennutzung. Das begreifen wir als große
5 Chance für unsere Demokratie. Deswegen machen wir aus dem
6 Medienland NRW das Medienkompetenzland NRW. Wir wollen, dass
7 alle Bürgerinnen und Bürger die neuen Möglichkeiten auch nutzen
8 können. Das ist wichtig für die Demokratie und für die Innovation. Wir
9 machen die Nutzerinnen und Nutzer stark, damit sie sich sicher in
10 dieser neuen Medienwelt bewegen können, damit sie Kompetenz im
11 Umgang mit Informationen und Daten besitzen, damit verhindern wir
12 auch eine drohende Spaltung unserer Gesellschaft.

13

14 In allen Schulformen wollen wir einen altersgemäßen
15 Medienkompetenzführerschein etablieren. Den gesetzlichen Auftrag der
16 Landesanstalt für Medien und des WDR für diese Aufgabe werden wir
17 weiter stärken. Beide sind wichtige Partner für NRW.

18

19 Unsere Welt ist innerhalb weniger Jahre in ein digitales Zeitalter
20 katapultiert worden. Die neuen Technologien bieten große Chancen
21 und Möglichkeiten für neue Arbeits- und Lebensformen und der
22 Teilhabe in einer lebendigen Demokratie. Damit verbunden sind
23 tiefgreifende Umwälzungen im gesellschaftlichen, kulturellen und
24 sozialen Leben. Wir wollen eine lebenswerte digitale Welt gestalten, in
25 der Menschen in einer freiheitlichen Demokratie leben und arbeiten
26 können.

27

28 Unsere Vision eines sozial und digital vernetzen Zusammenlebens ist
29 nicht vereinbar mit einer Präventiv- und Überwachungsgesellschaft wie
30 sie in den letzten Jahren propagiert worden ist. Das Grundrecht auf
31 Privatsphäre muss dabei auch im Internet gewahrt werden. Es gilt, alle
32 Überwachungsgesetze wie z.B. die Onlinedurchsuchung auf den
33 Prüfstand zu stellen und unter dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit
34 zu evaluieren. Wir brauchen keine Internetsperren, sondern eine

1 effektivere Strafverfolgung, u.a. durch eine verbesserte Personaldecke
2 der Strafverfolgungsbehörden. Bei kriminellen Inhalten hilft nicht das
3 Sperren der Internetseite, sondern nur das Löschen der Inhalte.

4

5 Wir wollen die Unabhängigkeit und Arbeitsfähigkeit des
6 Landesbeauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit in
7 Nordrhein-Westfalen stärken. Hierfür werden wir die personelle und
8 materielle Ausstattung der Institution sicherstellen und wirksamere
9 Sanktionierungsmöglichkeiten für Datenschutzvergehen schaffen.

10

11 Betriebliche Datenschutzbeauftragte brauchen, ähnlich wie die
12 Betriebsräte, einen stärkeren arbeitsrechtlichen Schutz und Rechte, die
13 über den Kündigungsschutz hinaus gehen.

14

15 Wir wollen eine datenschutzfreundliche Verbraucherschutzpolitik
16 umsetzen. Dazu gehört es, verpflichtende Opt-In Verfahren zu
17 etablieren, d.h. Verbraucherinnen und Verbraucher müssen aktiv
18 zustimmen, wenn sie damit einverstanden sind, dass ihre persönlichen
19 Daten für Auswertungen oder Werbezwecke gespeichert und
20 weitergegeben werden dürfen.

21

22 Die Entwicklung von freier Software und Open-Source-Produkten stellt
23 einen besonderen gesellschaftlichen Innovationsprozess dar. Wir
24 wollen die Verbreitung von freier Software und freiem Wissen fördern.
25 Durch öffentliche Förderung generierte Forschungsergebnisse müssen
26 den Bürgerinnen und Bürgern unter öffentlichen Lizenzen zur
27 Verfügung gestellt werden.

28

29 Der Zugang zum Internet ist ein wichtiger Baustein zur Partizipation an
30 gesellschaftlichen Prozessen und der Meinungsbildung. Daher muss
31 jeder und jedem ein Basiszugang zur Verfügung gestellt werden, um
32 Chancengleichheit und Bildungsgerechtigkeit sicherzustellen. Einer
33 digitalen Spaltung unseres Landes in schnelle, breitbandversorgte und
34 nicht versorgte Regionen wollen wir entgegenwirken. Wir werden im

1 Dialog mit den Infrastrukturanbietern zu verbindlichen Verabredungen
2 kommen.

3

4 Wir wollen auf den Erfolg der Filmstiftung aufbauen und sie zu einer
5 integrierten Förderinstitution der Kreativwirtschaft weiterentwickeln.
6 Hersteller von Computerspielen sind in NRW inzwischen eine wichtige
7 Branche, die wir unterstützen.

8

9 Die Telekommunikationsbranche ist in NRW herausragend vertreten.
10 Auch hier werden wir mit den Unternehmen die Chancen für Wachstum,
11 Innovation und Arbeitsplätze nutzen.

12

13

14

1 **VII. Demokratische Gesellschaft, starke Kommunen**

2

3 **Kommunale Demokratie stärken**

4

5 Nirgendwo wird Politik so unmittelbar wahr genommen wie in unseren
6 Kommunen. Sie sind für die Daseinsvorsorge verantwortlich und prägen
7 den Alltag der Menschen. In den Städten, Gemeinden und Kreisen
8 gestalten Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten die Politik vor
9 Ort. Nah bei den Menschen schaffen wir die Bedingungen guter
10 Lebensqualität, stellen uns den Erwartungen der Bürgerinnen und
11 Bürger, zeigen Perspektiven für eine gute Stadtentwicklung auf. Wir
12 kämpfen für Chancengleichheit und soziale Gerechtigkeit vor Ort.

13

14 Heute und künftig kommt es weiter darauf an, unsere Städte,
15 Gemeinden und Kreise bei der Bewältigung der Zukunftsaufgaben zu
16 unterstützen. Zu einer lebendigen kommunalen Demokratie gehört für
17 uns auch, die starre Einteilung in Pflichtaufgaben und freiwillige
18 Aufgaben der Gemeinden zu überprüfen. Diese Unterscheidung ist
19 zumindest in den Bereichen fragwürdig, in denen strukturschwache
20 Gemeinden auf präventive Ausgaben verzichten müssen, die das
21 Entstehen wesentlich höherer Kosten im Bereich der Pflichtaufgaben
22 verhindern würden, z.B. in der Jugendhilfe oder bei Investitionen zur
23 energetischen Sanierung, die zu einer Entlastung bei pflichtigen
24 Aufgaben führen.

25

26 Die SPD-geführte Landesregierung wird die kommunale Demokratie in
27 Nordrhein-Westfalen wieder stärken. Wir werden die Stichwahl für die
28 kommunalen Personenwahlen wieder einführen. Wir werden eine
29 gerichtsfeste Sperrklausel für kommunale Vertretungen einführen. Wir
30 werden dafür sorgen, dass die Bürgermeister-, Landrats- und
31 Oberbürgermeisterwahlen wieder an die Kommunalwahlen gekoppelt
32 werden. Grundsätzlich treten wir für die Zusammenlegung von
33 Wahlterminen ein, um Kosten niedrig zu halten und eine hohe
34 Wahlbeteiligung zu ermöglichen.

1
2
3
4
5
6
7
8
9
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34

Kommunal Finanzen in Ordnung bringen

Die finanzielle Situation einer Vielzahl nordrhein-westfälischer Kommunen hat dramatische Züge angenommen. Durch die Umstellung auf das kaufmännische Rechnungswesen (Neues Kommunales Finanzmanagement – NKF) wird der ganze Umfang der Dramatik deutlich: Die ersten Großstädte sind bereits überschuldet, viele weitere Kommunen werden in den nächsten Jahren trotz ihrer Sparanstrengungen folgen – mit verheerenden Konsequenzen für ihre Bürgerinnen und Bürger. Dies ist nur zum Teil auf die Auswirkungen der globalen Wirtschaftskrise zurück zu führen. Insbesondere die strukturelle Entwicklung in den Großstädten des Ruhrgebiets und des Bergischen Landes dokumentiert, dass die Finanzausstattung der Kommunen unzureichend ist. Mittlerweile ist wissenschaftlich belegt, dass die Kommunen in NRW seit Jahren schlechter gestellt sind als die in anderen Bundesländern. Die Auswirkungen verschiedener Fehlentwicklungen wie die Überlastung mit Sozialausgaben treffen insbesondere die größeren Städte in NRW. Die schwarz-gelbe Landesregierung hat durch die Abwälzung zahlreicher Lasten und das ungerechtfertigte Einbehalten von für die Kommunen bestimmten Geldern die Lage verschärft.

Nach §28 Art.2 GG steht es den Kommunen zu, ihre finanziellen Angelegenheiten eigenverantwortlich zu regeln. Eine SPD-geführte Landesregierung wird ihrer verfassungsrechtlichen Pflicht nachkommen und für eine verbesserte und aufgabenangemessene Finanzausstattung der Kommunen sorgen.

Wir werden verhindern, dass Städte und Gemeinden in ihrer Finanzausstattung weiter geschwächt werden. Wir werden uns aktiv dafür einsetzen, dass rasch eine Lösung für das Problem ihrer Altschulden gefunden wird.

1 Die Gewerbesteuer ist die wichtigste Einnahmequelle für unsere
2 Kommunen. Sie muss ohne Wenn und Aber erhalten bleiben und in der
3 Basis verbreitert werden. Wir werden uns für eine Entlastung der
4 Kommunen durch die Verbreiterung der Gewerbesteuerumlage stark
5 machen.

6

7 Wir garantieren die strikte Einhaltung des Konnexitätsprinzips. Eine
8 weitere Verlagerung von Aufgaben auf die Kommunen, ohne die
9 Bereitstellung der finanziellen Mittel, wird es mit uns nicht geben.

10

11 Wir legen einen „Stärkungspakt Stadtfinanzen“ auf, der überschuldeten
12 Gemeinden zugute kommt. Ziel des Paktes ist es, die betroffenen
13 Gemeinden von Zinszahlungen zu entlasten, um jetzt notwendige
14 Investitionen zu ermöglichen. Diese Hilfe zur Selbsthilfe soll dazu
15 beitragen, dass Kommunen wieder ausgeglichene Haushalte vorlegen
16 können.

17

18 Wir setzen uns dafür ein, hoch verschuldete Städte von Ausgaben für
19 den Solidarfonds zu entlasten, damit dort die Haushalte konsolidiert
20 werden können.

21

22 Wir werden uns gegenüber dem Bund für eine Neuordnung des
23 Systems der Berechnung des Bundesanteils an den Kosten der
24 Unterkunft gemäß SGB II stark machen. Das bisherige
25 Berechnungsverfahren führt zu einer klaren Benachteiligung der
26 Kommunen und muss dringend zu ihren Gunsten überarbeitet werden.

27

28 Wir fordern die Bundesregierung auf, mit dem Investitionsprogramm
29 „Soziale Stadt“ dafür Sorge zu tragen, dass auch im Westen
30 Deutschlands Stadtregionen nicht zu Armutsinseln verkommen und
31 Investitionen im sozialen Sektor möglich werden.

32

33 Voraussetzung für die beschriebenen entlastenden Hilfen des Landes
34 ist das Grundprinzip der „Hilfe zur Selbsthilfe“. Deshalb erwarten wir

1 von den Kommunen, die in den Genuss der entlastenden Finanzhilfen
2 des Landes kommen wollen

3

4 **Eine nachhaltige Steuer- und Finanzpolitik**

5 Die finanziellen Handlungsmöglichkeiten unseres Landes lassen
6 insbesondere nach der weltweiten Wirtschafts- und Finanzkrise in den
7 nächsten Jahren keinen Spielraum für verfehlte und teure
8 Wahlversprechen wie die schwarz-gelben Steuersenkungen auf Pump
9 der Bundesregierung. Für uns Sozialdemokraten ist klar: Künftige
10 Generationen dürfen nicht für unseriöse Wahlversprechen und
11 rücksichtsloser Klientelpolitik in Haftung genommen werden.

12 Wir werden uns dem verantwortungslosen Steuersenken des Bundes
13 zu Lasten von Ländern und Kommunen mit aller Macht entgegen
14 stellen. Sinnlose Steuersenkungen sind Beraubungen der Bürger, weil
15 sie auf die Kürzung von Leistungen hinauslaufen, auf die diese
16 angewiesen sind. .

17 Für uns Sozialdemokraten gilt: Starke Schultern müssen mehr tragen
18 als schwache. Deshalb setzen wir uns für eine Vermögenssteuer ein.
19 Unabhängig davon soll ein zweiprozentiger Aufschlag auf den
20 Steuersatz für Spitzenverdiener zweckgebunden den gleichen Zugang
21 zu Bildungschancen für Alle ermöglichen. Wir sprechen uns gegen eine
22 weitere Absenkung des Spitzensteuersatzes aus.

23 Mit einer moderaten Börsenumsatzsteuer auf den Handel mit
24 Wertpapieren wollen wir diejenigen an der Bewältigung der finanziellen
25 Folgen der Wirtschafts- und Finanzkrise beteiligen, die diese durch
26 spekulative Investitionen und unverantwortliches Profitstreben mit
27 verursacht haben. NRW muss von diesen neuen Einnahmequellen
28 profitieren. Deshalb sollen die Länder einen festen Anteil an dem
29 Aufkommen aus den neuen Steuerarten erhalten.

30 Vor dem Hintergrund von Einnahmeeinbrüchen des Staates und
31 wachsender Staatsverschuldung ist es für uns daneben wichtig, die

1 vorhandenen finanziellen Ressourcen zielgenau und nachhaltig zu
2 nutzen. Wir wollen in die Zukunft der nächsten Generationen
3 investieren. In Bildung und Betreuung, aber auch in den Klimaschutz
4 und die Erforschung neuer Technologien.

5

6 CDU und FDP orientieren sich nicht an der Wirklichkeit. Die Ergebnisse
7 ihrer Politik zeigen, dass man nicht im selben Atemzug niedrigere
8 Steuern, den Abbau von Schulden, mehr Lehrer, mehr Polizisten und
9 zusätzliche Förderprogramme versprechen kann. Nordrhein-Westfalen
10 steht heute schlechter da als 2005. Mit ihrer Finanzpolitik hat diese
11 Landesregierung viele Kommunen an den Rand des Ruins gebracht.

12

13 Eine Schuldenbremse in der Landesverfassung lehnen wir strikt ab. Der
14 Zwang zum Verzicht auf Schulden würde, bei einer ungesicherten
15 Einnahmebasis, in absehbarer Zeit nur auf Sozialabbau hinauslaufen.

16

17 Wir brauchen in Nordrhein-Westfalen starke öffentlich-rechtliche
18 Institute im Finanzsystem. Unsere Sparkassen haben sich in der
19 weltweiten Wirtschafts- und Finanzkrise als Ort von Stabilität und
20 Seriosität erwiesen. Leistungsfähige, dem Gemeinwohl verpflichtete
21 Sparkassen und Genossenschaftsbanken sind unverzichtbar für unsere
22 Kommunen. Sie fördern das ehrenamtliche Engagement im sozialen,
23 kulturellen und sportlichen Bereich und sind starker und zuverlässiger
24 Partner des Handwerks und der klein- und mittelständischen
25 Unternehmen vor Ort.

26 Für die größte und wichtigste Landesbeteiligung, die Westdeutsche
27 Landesbank (WestLB) muss endlich ein zukunftsfähiges und
28 tragfähiges Geschäftsmodell gefunden werden. Bereits zu viel Zeit ist
29 durch (partei)politisch motivierte Taktikerei vertan worden. Die
30 nordrhein-westfälische Landesregierung hat es verpasst, eine aktive
31 und führende Rolle im bundesweiten Konsolidierungsprozess der
32 deutschen Landesbanken zu übernehmen.

1 Auch für die Sparkassen als Miteigentümer der WestLB müssen weitere
2 finanzielle Belastungen verhindert werden. Deshalb ist für uns
3 Sozialdemokraten klar, dass eine WestLB alleine keine Zukunft im
4 öffentlich-rechtlichen Bankensystem hat. Auf der Grundlage der
5 Umsetzung der Vorgaben der EU-Kommission muss die WestLB daher
6 in einen Fusionsprozess hineingeführt werden, an dessen Ende
7 bundesweit eine Landesbank stehen soll.

8 Wir werden zur Umsetzung dieses Zieles mit den Eigentümern der
9 sechs weiteren Landesbanken in Deutschland Gespräche aufnehmen
10 und in bewährter Zusammenarbeit mit den Sparkassen eine Lösung für
11 die öffentlich-rechtlichen Landesbanken erreichen. Wichtig ist: Dieser
12 Fusionsprozess darf nicht zum Einfallstor für Privatisierungen der
13 öffentlich-rechtlichen Landesbanken und der Sparkassen werden.

14

15 **Der Staat als Partner der Bürger**

16

17 Unser Konzept heißt „Partner Staat“. Es steht für den richtigen Weg
18 zwischen „Privat vor Staat“ und „Staat statt Privat“. Denn: Nur die
19 Starken können sich einen schwachen Staat und nur die Reichen einen
20 armen Staat leisten. Alle anderen brauchen einen Staat, der gute
21 Schulen, moderne Infrastruktur und funktionierende öffentliche
22 Sicherheit bietet. Für uns ist der aktivierende, gestaltende und
23 partnerschaftliche Staat ein unverzichtbares Instrument der sozialen
24 Demokratie. Er muss die Kultur der sozialen Verantwortung und das
25 bürgerschaftliche Engagement fördern und allen Bürgerinnen und
26 Bürgern gleichen Zugang zu den grundlegenden Leistungen der
27 Daseinsvorsorge ermöglichen.

28

29 Staatliche Daseinsvorsorge ist für uns nicht privatisierbar. Deshalb
30 müssen Wasserver- und Abwasserentsorgung, Personennahverkehr
31 und die Hausmüllentsorgung in öffentlicher Verantwortung garantiert
32 bleiben. In der Energieversorgung brauchen wir unsere Stadtwerke, um
33 öffentliche Verantwortung durch mehr Wettbewerb zu garantieren.
34 Menschen und Unternehmen erwarten von der Daseinsvorsorge ein

1 breites Spektrum an Leistungen von hoher Qualität zu erschwinglichen
2 Preisen. Die Kommunen haben gezeigt, dass am Gemeinwohl
3 orientierte Dienstleistungen für jeden Menschen zur Verfügung stehen
4 und diese auch flächendeckend erbracht werden. Es kann nicht sein,
5 dass unsere Städte und Gemeinden nur noch bloße Standorte
6 privatisierter Ver- und Entsorgungskonzerne, kommerzieller Sport- und
7 Freizeiteinrichtungen und sozialgewerblicher Einrichtungen werden. Wir
8 stehen für eine Politik, in der auch öffentliche Unternehmen rentabel
9 arbeiten können.

10

11 **Wohnen braucht Sicherheit**

12

13 Die Beschneidung der Mieterrechte durch die schwarz-gelbe
14 Landesregierung, der Verkauf der Landesentwicklungsgesellschaft
15 (LEG) mit ihren 93.000 Wohnungen an internationale
16 Immobilienspekulanten und die Auflösung des
17 Landeswohnungsbauvermögens haben den Wohnungsmarkt in NRW
18 massiv verändert und die Situation für Mieterinnen und Mieter,
19 gemeinwohlorientierte Vermieter und die Kommunen verschlechtert.

20

21 Der von der Landesregierung zu erwartende Ausverkauf im sozialen
22 Wohnungsbau hat zu steigenden Mieten gerade dort geführt, wo die
23 Einkommen besonders niedrig sind. Internationale
24 Immobilienspekulanten vernachlässigen ihre Wohnungsbestände und
25 sind für Städte und Mieter nicht ansprechbar. Ganze Quartiere
26 verfallen. Eine steuernde Wohnraumpolitik ist nicht mehr möglich. Das
27 werden wir ändern.

28

29 Wir werden Mieter schützen und den Wohnungsmarkt gestalten.

30

- 31 • Wir stehen an der Seite des Mieterbundes und seiner Vereine,
32 um unsoziale Eingriffe im Mietrecht abzuwenden und rückgängig
33 zu machen. Wir setzen uns für die Wiedereinführung der
34 Kündigungssperrfristverordnung und die konsequente

1 Anwendung des Wohnungsgesetzes NRW ein. Die im Bund
2 geplante Änderung der Kündigungsfristen lehnen wir ab.
3 Stattdessen setzen wir uns für einen besseren Schutz der
4 Mieterinnen und Mieter vor Immobilienspekulanten ein.

- 5
- 6 • Wir stärken die Kommunen. Sie brauchen wirksame Instrumente,
7 um den Wohnungsmarkt zu gestalten. Wir führen die
8 Belegungsbindungsverordnung wieder ein und werden über
9 Immobilien- und Standortgemeinschaften des Wohnens den
10 Kommunen ein Instrument in die Hand geben, mit dem sie in den
11 Quartieren Vermieter zu Investitionen motivieren können.
12 Sonderfonds bei der NRW.Bank und beim Bund sollen
13 ermöglichen, dass die Wohnungen der Immobilienspekulanten
14 aufgekauft werden können. Wir werden die Kommunen bei der
15 Erstellung von Wohnraumkonzepten auch finanziell unterstützen,
16 denn diese sind die Basis für gute Arbeit in den Kommunen.

- 17
- 18 • Wir werden den sozialen Wohnungsbau stärken und ihn
19 zukunftsfähig machen. Wir sorgen für eine sichere Finanzierung
20 des sozialen Wohnungsbaus, denn wir brauchen mehr und nicht
21 weniger Sozialwohnungen. Die Wohnungen müssen energetisch
22 saniert, Barrieren müssen beseitigt werden.

- 23
- 24 • Mit uns bleibt Wohnen bezahlbar. Energetische Sanierung darf
25 für Mieter und Vermieter nicht zum Verlustgeschäft werden.
26 Damit die steigenden Mieten nicht die Einsparungen für Energie
27 auffressen, verbessern wir die Fördermöglichkeiten durch das
28 Land und setzen uns dafür ein, dass die
29 Abschreibungsmöglichkeiten im Bund angepasst werden.

- 30
- 31 • Wir stärken soziale Vermieter in den Quartieren. Mit einer
32 Stiftung "Wohnungs- und Städtebau NRW" werden wir die Arbeit
33 gemeinwohlorientierter Vermieter unterstützen. Diese Stiftung
34 soll Maßnahmen fördern, die das Wohnumfeld stärken und so

1 die Investitionen der Vermieter in die Wohnungsbestände
2 ergänzen.

3

4 **Stadt und Land – neue Allianz für die Zukunft**

5

6 Die SPD will die Allianz von Stadt und Land stärken: Wer eine gute
7 Politik für die Menschen in den ländlichen Räumen machen möchte,
8 muss neben einer nachhaltigen Landwirtschaftspolitik vor allem auch
9 die Entwicklung von Wertschöpfung und Infrastruktur im ländlichen
10 Raum fördern. Die SPD steht für eine Politik, die die
11 Landwirtschaftspolitik in eine „Politik für die ländlichen Räume“
12 integriert.

13

14 Die EU-Agrarpolitik wird ab 2013 sich stärker am Markt orientieren und
15 ihr werden insgesamt weniger Finanzmittel zur Verfügung stehen. Die
16 Landwirte in NRW müssen sich dann dem internationalen Wettbewerb
17 stellen. Die Liberalisierung der Agrarmärkte darf aber keinesfalls dazu
18 führen, dass die landwirtschaftliche Produktion in den benachteiligten
19 Regionen unseres Landes gefährdet wird. Denn dann wären zugleich
20 die Leistungen der Landwirte für den Erhalt von Natur und Landschaft
21 und zum Schutz der Umwelt nicht mehr gewährleistet. Diese
22 Leistungen müssen wir im Rahmen einer auf Nachhaltigkeit
23 ausgerichteten Agrarpolitik künftig stärker entlohnen.

24

25 Dazu muss die so genannte „Zweite Säule“ des EU-Agrarfonds gestärkt
26 werden, um in Zukunft Programme für eine multifunktionale,
27 flächendeckende und umweltfreundliche Landbewirtschaftung bezahlen
28 zu können. Eine Möglichkeit dafür ist die schrittweise verstärkte
29 Modulation der Direktzahlungen der EU-Agrarhilfen. So können die
30 Landwirte ihre Aufgabe und Funktion erfüllen, die Menschen mit
31 gesunden Nahrungsmitteln zu versorgen und als Heger und Pfleger der
32 Landschaft zu wirken.

33

1 Ländliche Räume sind in weiten Teilen Naturräume oder naturnahe
2 Räume. Daraus ergeben sich besondere Anknüpfungspunkte für die
3 wirtschaftliche Entwicklung. Die in Nordrhein-Westfalen vorzufindenden
4 Kulturlandschaften, Naturdenkmäler oder Waldgebiete bieten
5 verschiedenste Möglichkeiten, um Wertschöpfungsketten/Cluster zu
6 entwickeln, die an diese Naturräume und deren Rohstoffe anknüpfen.

7

8 Die SPD wird in ihrem Programm "Stadt und Land – eine Allianz für die
9 Zukunft" mehrere Bereiche mit besonderem Entwicklungspotenzial
10 identifizieren

11

12 • Die ländlichen Räume haben im Bereich Tourismus besondere
13 Chancen, um neue Arbeitsplätze zu schaffen. Durch die Nähe zu
14 den Ballungszentren besteht generell ein großes
15 Nachfragepotenzial. Deshalb müssen die Kulturlandschaften und
16 die touristische Infrastruktur erhalten und entwickelt werden.

17

18 • In den ländlichen Räumen erschließen sich für die erneuerbaren
19 Energien zahlreiche Möglichkeiten. Die Gewinnung und Nutzung
20 der unterschiedlichen Formen von Biomasse zur
21 Energiegewinnung eröffnen für die ländliche Räume neue Felder
22 der regionalen Wertschöpfung.

23

24 • In den ländlichen Räumen werden die Rohstoffe für die
25 Ernährungswirtschaft von NRW produziert. Wir fordern eine
26 Initiative, die Landwirtschaft, Ernährungshandwerk und
27 Lebensmittelindustrie stärker verzahnt und so ein NRW-
28 Netzwerk "Ernährung" schafft. Dabei soll die Produktion,
29 Verarbeitung und Vermarktung ökologischer und regional
30 erzeugter Agrarprodukte einen besonderen Schwerpunkt bilden.
31 Dies kann durch eine Herkunftsbezeichnung weiter unterstützt
32 werden.

33

- Die Forst- und Holzwirtschaft stellt für NRW einen bedeutenden Wirtschaftsfaktor dar. Dieser Sektor erwirtschaftet einen Umsatz von ca. 35 Mrd. €. Mit einer weiteren Ausschöpfung dieser Potenziale lassen sich im ländlichen Raum als auch in der Weiterverarbeitung Wachstum und Beschäftigung schaffen.

Bürgerschaftliches Engagement fördern

Die sozialdemokratisch geführte Landesregierung wird die vielfältigen Formen des bürgerschaftlichen Engagements fördern, im Sport, in den Kirchen und den Religionsgemeinschaften, der freien Wohlfahrtspflege, im Bereich der Kultur, beim Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen oder bei der Betreuung von Menschen mit Behinderungen. In den sozialdemokratischen Bundesregierungen sind, zuletzt mit der Initiative „Hilfen für Helfer“, immer wieder Verbesserungen für bürgerschaftlich engagierte Menschen durchgesetzt worden. Dieser Tradition fühlen wir uns verpflichtet. Zu einer „Wir-Gesellschaft“ gehört das Engagement ihrer Bürgerinnen und Bürger. Es stärkt Demokratie und Zusammenhalt.

Die Feuerwehren in Nordrhein-Westfalen leisten eine hervorragende Arbeit. Sie hat mehr Aufmerksamkeit und Unterstützung verdient als ihnen unter schwarz-gelb zu Teil wurde. Das ehrenamtliche Engagement in den Freiwilligen Feuerwehren ist durch nichts zu ersetzen. Unter dem Einsatz des eigenen Lebens und ihrer Gesundheit nehmen zehntausende Freiwillige eine staatliche Aufgabe wahr. Um die Zukunft der Freiwilligen Feuerwehren angesichts der demografischen Entwicklung zu sichern, wird die neue Landesregierung eine Kampagne für ein Engagement in den Freiwilligen Feuerwehren starten, die auch andere Hilfsorganisationen mit einschließen wird. Zusammen mit den Kommunen werden wir einen Einstieg in die Gewährung einer Ehrenrente für jahrelanges Engagement in den Einsatzkräften der Freiwilligen Feuerwehr finden.

1 **Gemeinsam gegen Rechts**

2

3 Wir ächten jede Form von Extremismus, Rassismus und
4 Antisemitismus. Und wir dulden nicht, dass unsere Städte und
5 Gemeinden zum Aufmarschgebiet neonazistischer Demonstrationen
6 werden. Wegen der anhaltenden Bedrohung durch den
7 Rechtsextremismus werden wir für unser Land ein Handlungskonzept
8 für die Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus erarbeiten.
9 Dies soll im Dialog mit zivilgesellschaftlichen Initiativen geschehen, die
10 sich für Demokratie und Toleranz einsetzen. Von besonderer
11 Bedeutung ist für uns die Stärkung der politischen Bildungsarbeit, die
12 zur Aufarbeitung und Weiterentwicklung der Erinnerungskultur
13 unbedingt dazu gehört.

14

15 Wir werden die direkte Demokratie in unserem Land stärken. Wir wollen
16 es den Initiativen – wie in vielen anderen Bundesländern üblich –
17 ermöglichen, die benötigten Unterschriften für ein Volksbegehren frei zu
18 sammeln. Die dafür gesetzte Frist von acht Wochen nach Anmeldung
19 des Begehrens werden wir auf zwölf Wochen ausweiten.

20

21 Wir werden die politische Initiative ergreifen, das Wahlalter auch bei
22 Landtagswahlen auf 16 Jahre abzusenken.

23

24 **Den öffentlichen Dienst zukunftsfest machen**

25

26 In den kommenden Jahren steht der öffentliche Dienst in unserem Land
27 aufgrund seiner demografischen Struktur vor einem großen personellen
28 Umbruch. Die Politik muss die Attraktivität des öffentlichen Dienstes
29 stärken und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern wieder neue
30 Perspektiven eröffnen. Der Öffentliche Dienst soll der demokratischen
31 Gesellschaft dienen und mit fachlicher Kompetenz, Motivation und
32 Leistungsfähigkeit seine Aufgaben zur Zufriedenheit aller
33 gesellschaftlichen Gruppen erfüllen können. Bausteine hierfür sind die
34 Modernisierung der Verwaltung und ein neues Dienstrecht. Die

1 Personalentwicklung muss selbstverständlich ein integrierter
2 Bestandteil einer modernen Verwaltung sein.

3

4 In der Vergangenheit hat der öffentliche Dienst einen großen Beitrag
5 zur Konsolidierung der öffentlichen Haushalte geleistet. Die
6 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter haben zahlreiche Veränderungen ihrer
7 Arbeitsbedingungen erlebt und materielle Einbußen hinnehmen
8 müssen. Trotz steigender Steuereinnahmen hat die schwarz-gelbe
9 Landesregierung den öffentlichen Dienst weiter belastet: Neue
10 Sonderopfer und der Abbau von Mitbestimmungsrechten haben zu
11 großer Unzufriedenheit, stärkerer Arbeitsverdichtung, gesunkener
12 Motivation und Vertrauensverlust beigetragen. Mit uns wird es keine
13 Kündigungen im öffentlichen Dienst geben.

14

15 **Mitbestimmung stärken**

16

17 Die schwarz-gelbe Landesregierung hat mit der Änderung des
18 Landespersonalvertretungsgesetzes bis dahin bestehende
19 Mitbestimmungsrechte deutlich eingeschränkt sowie viele
20 Mitbestimmungstatbestände durch Anhörungsrechte ersetzt.

21 Das werden wir rückgängig machen.

22 Im Dialog mit Personalräten und Gewerkschaften werden wir eine
23 Dienstrechtsreform nach dem Grundsatz "Kooperation statt
24 Konfrontation" auf den Weg bringen. Zentrale Punkte sind für uns dabei
25 die Vereinfachung des Laufbahnrechts und eine Reduzierung der
26 Fachlaufbahnen. Der Wechsel des Dienstherrn und der Wechsel
27 zwischen öffentlicher Verwaltung, Wirtschaft und internationalen
28 Organisationen muss erleichtert werden. Bei der Bezahlung soll das
29 Leistungsprinzip neben das Alimentationsprinzip treten. Der Leistungs-
30 und Erfahrungsaufstieg soll das Senioritätsprinzip ablösen.

31

1 Wir werden das LPVG novellieren, um zu gewährleisten, dass
2 Personalrat und Dienststellenleitungen sich künftig weder auf
3 Augenhöhe begegnen können.

4

5 Wir streben eine Ergänzung der Landesverfassung an, mit der die
6 Mitbestimmung im öffentlichen Dienst auf eine verfassungsrechtlich
7 sichere Grundlage gestellt wird.

8

9 **In Sicherheit und Freiheit leben**

10

11 Sicherheit und Freiheit dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden.
12 Wir wollen bestmögliche Sicherheit für alle garantieren und die
13 Ausübung individueller Freiheitsrechte für jedermann gewährleisten.
14 Unsere Bürger wünschen sich Freiheit *und* Sicherheit. Der
15 demokratische Staat des Grundgesetzes bürgt für die Menschen- und
16 Bürgerrechte und setzt sich für die Sicherheit seiner Bürger ein, damit
17 diese Freiheit, Demokratie und Wohlstand genießen können. Das bleibt
18 die Richtschnur sozialdemokratischer Politik für die innere Sicherheit in
19 Nordrhein-Westfalen.

20

21 Die von der SPD-Landtagsfraktion im letzten Jahr vorgelegte
22 gesetzliche Novelle zum Polizei- und Verfassungsschutzgesetz folgt
23 diesem Ziel. Wo den Sicherheitsbehörden neue oder erweiterte
24 Befugnisse zur Bekämpfung des transnationalen Terrorismus oder
25 anderer schwerster Verbrechen zugestanden werden, sind diese vom
26 Bundesverfassungsgerichts genau beschrieben und einer effektiveren
27 richterlichen oder parlamentarischen Kontrolle unterworfen. Daran wird
28 sich unsere Sicherheitspolitik zuverlässig orientieren, damit Freiheit und
29 Sicherheit in einen zeitgemäßen Ausgleich gebracht werden.

30

31 Die gute Tradition sozialdemokratischer Innenpolitik reicht von Herbert
32 Schnoor bis Fritz Behrens. Die schwarz-gelben Landesregierung hat
33 mit ihr gebrochen. Weder die Freiheitsrechte noch das
34 Sicherheitsbedürfnis der Bürger sind in den letzten Jahren in guten

1 Händen gewesen. Lautstarke Parolen gingen Hand in Hand mit
2 konkreter Untätigkeit.

3

4 Die schwarz-gelbe Landesregierung hat fünf Jahre lang ihre
5 Inkompetenz und Ignoranz in der nordrhein-westfälischen Innenpolitik
6 unter Beweis gestellt. Mit der Novelle des Verfassungsschutzgesetzes
7 ist sie vor dem Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe gescheitert, weil
8 sie die Bürger- und Freiheitsrechte in Gefahr gebracht hat. Statt das
9 Verbrechen zu bekämpfen, bekämpft sie die Polizei und vor allem: Es
10 gibt in NRW nicht mehr, sondern weniger Polizei als unter der letzten
11 rot-grünen Landesregierung. Wir stehen für eine Innenpolitik, die die
12 Sicherheit und die Freiheit der Bürger schützt. Wir werden der Polizei
13 neue Perspektiven bieten, indem wir den Personalabbau stoppen, ein
14 Konzept zur Alterstrukturentwicklung erarbeiten und ein modernes
15 Gesundheitsmanagement einführen. Die Polizei in Nordrhein-Westfalen
16 leistet hervorragende Arbeit. Ihre Arbeit verdient Respekt und
17 Anerkennung. Die Polizistinnen und Polizisten dürfen nicht zu
18 Lückenbüßern und Prügelknaben für das Versagen gesellschaftlicher
19 Institutionen werden. Gewalt gegen Polizeibeamte verfolgen mit allen
20 rechtsstaatlichen Mitteln.

21

22 Somit vernachlässigte Schwarz-gelb beides: Die Kontrolle staatlicher
23 Macht, die die Einhaltung und Ausgestaltung der Freiheitsrechte erst
24 garantiert und die aus unserer Verfassung abzuleitende Schutzpflicht
25 des demokratischen Staates gegenüber hochwertigen Rechtsgütern.

26

27 Die neue sozialdemokratische Landesregierung wird die bewährte
28 sozialdemokratische Innenpolitik fortsetzen. Wir folgen der Einsicht:
29 „Die Behauptung, dass, wer Sicherheit wünscht, die Freiheit aufgeben
30 muss, ist eine der Hauptstützen der Revolte gegen die Freiheit
31 geworden. Aber die Behauptung ist falsch.“ (K. R. Popper) Die Leitlinie
32 unserer Politik lautete Freiheit *und* Sicherheit.

33

34 Innere Sicherheit gehört für uns unverzichtbar zur sozialen Sicherheit.

35 Die Menschen haben ein Recht auf und die Pflicht zur Gewaltfreiheit.

1 Sinkende Fallzahlen in der Kriminalstatistik nutzen nichts, wenn das
2 subjektive Sicherheitsgefühl der Menschen zu objektiven Änderungen
3 im Verhalten führt. Wir finden uns nicht damit ab, dass in Nordrhein-
4 Westfalen Angsträume entstanden sind.

5

6 Wir setzen auf den Dreiklang von Prävention, der konsequenten
7 Verfolgung von Straftaten und den Opferschutz. Gerade in der
8 Mediengesellschaft fokussieren wir zu stark auf die Täter und verlieren
9 die Opfer von Straftaten leicht aus den Augen.

10

11 Wir werden ein zukunftsorientiertes Sicherheitskonzept entwickeln, in
12 dem keine rechtsfreien Räume geduldet werden, mit dem neue
13 Kriminalitätsfelder besser ausgeleuchtet und die Kriminalität wirksamer
14 bekämpft werden kann.

15

16 Wir wissen: Gute Polizeiarbeit bedeutet Bürgernähe und Präsenz auf
17 der Straße. Für uns gibt es in der Innenpolitik kein „Privat vor Staat“.
18 Deswegen lehnen wir eine unbewaffnete Wachpolizei ab, die den Weg
19 in die Privatisierung staatlicher Sicherheitsleistungen ebnet. Sicherheit
20 darf kein käufliches Gut werden. Genau so wenig wird es mit uns einen
21 Weg in den Überwachungsstaat geben, wie ihn die CDU gehen will. Die
22 totale Erfassung und Überwachung von Bürgerinnen und Bürgern
23 schafft nicht mehr Sicherheit sondern sorgt für mehr Unsicherheit und
24 Misstrauen gegenüber dem demokratischen Staat. Den Einsatz der
25 Bundeswehr im Innern zu polizeilichen Zwecken lehnen wir entschieden
26 ab. Dagegen werden wir das Vertrauen in eine demokratische und
27 freiheitliche Politik der inneren Sicherheit wieder stärken.

28

29 Eine von der SPD geführte Landesregierung wird die Justiz wieder
30 angemessen personell ausstatten, damit niemand durch überlange
31 Verfahrensdauern abgeschreckt wird, seine Rechte zu verteidigen.
32 Gerade im Bereich des Jugendstrafrechts gilt es, die Verfahrensdauern
33 massiv zu verkürzen. Hier steht der erzieherische Aspekt im
34 Vordergrund. Dies kann nur dann funktionieren, wenn der Tat nach
35 angemessener Zeit die Sanktion folgt. Wir brauchen eine neue Qualität

1 der Vernetzung zwischen Jugendhilfe und Strafverfolgung. Deshalb
2 wollen wir ein „Haus des Jugendrechts“ schaffen. Dies ist entscheidend,
3 um vorbeugend in die gezielte erzieherische Förderung und Begleitung
4 von Jugendlichen zu investieren, bei denen nur eine relativ kleine
5 Gruppe von Intensivtätern das Gros der Straftaten verursacht.

6

7 Zur Entlastung der Gerichte werden wir außerdem die außergerichtliche
8 Streitschlichtung stärken.

9

10 Wir stehen für eine strikte Trennung der Aufgaben von Polizei und
11 Geheimdiensten und eine wirksamere, parlamentarische Kontrolle.

12

13 Das ansatzlose Scannen von Kfz-Kennzeichen und andere
14 automatisierte Identifizierungsverfahren, z.B. flächendeckende
15 Videoüberwachung lehnen wir ab.

16

17 Innere Sicherheit aber ist mehr als Polizei und Justiz. Wir müssen
18 wieder eine Wir-Gesellschaft werden, in der hingesehen wird, in der
19 man füreinander einsteht. Statt viel Geld in die wirtschaftliche
20 Jugendhilfe zu investieren, wenn Jugendliche straffällig werden,
21 müssen wir durch gute Bildung und Ausbildung dafür sorgen, dass
22 Kinder und Jugendliche den richtigen Weg einschlagen. Deshalb
23 werden wir auch den Landesjugendplan wieder um 20 Millionen Euro
24 aufstocken, um damit die offene Jugendarbeit zu stärken und weiter zu
25 entwickeln.

26

27 **NRW im Bund, in Europa und der Einen Welt**

28

29 NRW ist mit 18 Millionen Einwohnern größte Region Europas. Unser
30 Land ist erfahren in den Herausforderungen des Strukturwandels und
31 der Stärkung des sozialen Zusammenhalts. Diese Erfahrungen bringen
32 wir in den europäischen Gestaltungsprozess ein.

33

1 Die Europäische Regional- und Strukturpolitik für die Zeit nach 2014
2 wird in den nächsten Jahren vorbereitet und bis 2013 auch beschlossen
3 werden. Die sozialdemokratisch geführte Landesregierung wird ihre
4 Verantwortung wahrnehmen und mit eigenen Vorschlägen auf Basis
5 nordrhein-westfälischer Interessen in den Diskussions- und
6 Entscheidungsprozess eingreifen.

7

8 Die von der jetzigen Landesregierung nach der Öffnung der früheren
9 Förderkulisse eingeführte Wettbewerbsstruktur hat sich als uneffizient
10 und unstrukturiert erwiesen.

11

12 Die Förderung nach dem Europäischen Fonds für regionale
13 Entwicklung (EFRE) muss für die kommende Periode zwei
14 Zielvorgaben wieder stärker beachten: Einerseits muss der Ausgleich
15 regionaler Disparitäten und Strukturwandelprozesse wieder stärker in
16 den Fokus genommen werden. Andererseits muss das nachhaltige
17 Schaffen von Arbeitsplätzen in zukünftigen Leitmärkten wieder einen
18 größeren Raum einnehmen. Daher bietet es sich an, die NRW zur
19 Verfügung gestellten Mittel paritätisch auf zwei Leitprogramme zu
20 übertragen. Dieser Übertragung müssen mehrere Kriterien zugrunde
21 gelegt werden. Indikatoren wie Armut oder Arbeitslosigkeit sollen zur
22 Beurteilung herangezogen werden.

23

24 Europa und NRW können viel voneinander lernen. Wir kämpfen für ein
25 hochwertiges Beschäftigungsniveau, ein großes Maß an sozialem
26 Schutz - gegen soziale Ausgrenzung. Die Schaffung eines sozialen
27 Europas, in dem die Lebens- und Arbeitsbedingungen der Menschen
28 verbessert werden, ist unser Ziel. Dabei bleibt die Vielfalt der Kulturen,
29 Traditionen und Strukturen in den europäischen Mitgliedstaaten
30 erhalten. Dies muss nicht zuletzt auch für politische und wirtschaftliche
31 Besonderheiten der Mitgliedsstaaten gelten, etwa im Bereich der
32 öffentlichen rechtlichen Sparkassen in Deutschland.

33

34

1 *Eine-Welt-Politik gestalten*

2 Unser Land NRW kann auf eine lange Tradition des
3 entwicklungspolitischen Engagements verweisen. Wir werden die
4 historischen Leistungen des Landes für die Eine Welt fortführen und
5 vertiefen. Globale Solidarität und der Kampf gegen die Armut haben für
6 uns hohe Priorität, insbesondere angesichts der weltweiten Wirtschafts-
7 und Finanzkrise.

8

9 Globale Verantwortung und nachhaltige Entwicklung sind nach unserer
10 Auffassung eine Querschnittsaufgabe für alle Ressorts des Landes
11 NRW. Wirtschaftspolitische Entscheidungen müssen im Sinne der
12 Nachhaltigkeit auch an entwicklungspolitischen Vorstellungen
13 gemessen werden.

14

15 Die bisherigen Erfahrungen der entwicklungspolitischen Bildung und
16 des Globalen Lernens sind in die Bildung für nachhaltige Entwicklung
17 zu wenig integriert. Dies muss fester Bestandteil aller
18 Bildungseinrichtungen werden.

19

20 Auch unser Handeln in NRW – als einem der wichtigsten
21 Wirtschaftszentren in Europa – bestimmt mit, wie sich die Welt künftig
22 entwickeln wird. Wir wollen deshalb das zivilgesellschaftliche
23 Engagement in NRW wieder mehr unterstützen. Mit Kommunen, Eine-
24 Welt-Gruppen, Kirchen, Gewerkschaften und Wirtschaft wollen wir in
25 einen Dialog eintreten, um ein neues Konzept „Nachhaltiges NRW“ zu
26 erarbeiten und die Umsetzung zu ermöglichen. Die Menschen mit
27 Migrationshintergrund in NRW sind uns dabei ein wichtiger
28 Dialogpartner.

29

30 Den fairen Handel gilt es zu stärken. Jeder kann dazu beitragen. Mit
31 dem Kauf von fair gehandelten Produkten wie Kaffee, Obst oder auch
32 Textilien gibt man den Menschen im Süden eine wirkliche Chance, ihr
33 Leben selbstbestimmt zu führen und Unabhängigkeit zu erlangen. Hilfe
34 zur Selbsthilfe muss daher das Ziel unserer Politik sein. Darüber hinaus

1 setzen wir uns generell für faire Handelsbeziehungen vor allem mit den
2 ärmeren Entwicklungsländern ein.

3

4 Wir sind stolz darauf, dass Bonn Standort wichtiger UN-Organisationen
5 geworden ist. Wir werden uns für Bonn als Deutsches Nord-Süd-
6 Zentrum einsetzen.

7

8 *In NRW den Wechsel wählen*

9 Mit einem Regierungswechsel in Nordrhein-Westfalen setzen wir ein
10 Zeichen in der Bundesrepublik. Die schwarz-gelbe Bundesregierung
11 wird die – teils durch unsinnige Steuersenkungen selbst verschärfte –
12 finanzielle Situation als Argument nutzen, soziale Leistungen des
13 Staates massiv zu kürzen. Nordrhein-Westfalen bildet die mit weitem
14 Abstand meisten Studierenden aus. Die Abschaffung der
15 Studiengebühren wird ein Signal für alle anderen Bundesländer sein.
16 Von Nordrhein-Westfalen wird das Signal ausgehen, dass die
17 Menschen in unserem Land eine Gesellschaft des sozialen
18 Miteinanders wollen.

1 **Aufruf**

2 **Leistungsfähiger Staat, Politik für die Menschen**

3

4 Für die Menschen unseres Landes, aber auch der gesamten
5 Bundesrepublik steht viel auf dem Spiel bei der Landtagswahl im Mai.

6 Zur Entscheidung steht eine für alle Bereiche der Politik folgenschwere
7 Alternative: Wird der Staat, wie schwarz- gelb es will, zunehmend
8 geschwächt durch Kaputtreden und finanzielle Ausblutung oder wird er
9 durch Modernisierung und gesunde Finanzen gestärkt, um seine
10 unverzichtbaren Gestaltungsaufgaben für die Zukunft erfüllen zu
11 können.

12

13 Nur ein starkes Ergebnis der SPD in NRW wird für unser Land und für
14 die Bundesrepublik eine zukunftsorientierte Weichenstellung sichern.

15

16 Nur eine sozialdemokratische Landesregierung in NRW wird bei uns die
17 Erfüllung der großen politischen Reformaufgaben, der Schaffung guter
18 Arbeit für alle, der ökologischen Industrialisierung, eines
19 chancengleichen Bildungssystems, der Stärkung der Kommunen und
20 der Sicherstellung der finanziellen Handlungsfähigkeit des Staates
21 gewährleisten.

22

23 Nur eine sozialdemokratische Landesregierung kann dafür sorgen,
24 dass sich die im Bund gesetzten Rahmenbedingungen nicht zu einer
25 Fortsetzung der neo-liberalen Politik der Staatsschwächung, des
26 Sozialabbaus und des Marktradikalismus ermutigt fühlen. Wir werden
27 dem im Bundesrat einen Riegel vorschieben.

28

29 Diese große Entscheidung liegt am Mai in den Händen der
30 Bürgerinnen und Bürger unseres Landes.

31

32 Für einen leistungsfähigen Staat, für eine Politik für die Menschen
33 Wir bitten um Ihr Vertrauen und Ihre Unterstützung.

34